

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 25/2023

22. Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

Sächsischer Landtag

Bekanntmachung des Sächsischen Landtags über die Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille im Juni 2023 vom 8. Juni 2023 698

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Personalausgaben bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung (Sächsische Versetzung/Abordnung/ZuweisungNachw-VwV – SäVAZVwV) Az.: 22-H 1200/207/16-2023/18429 vom 5. Juni 2023 699

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Gemeinsame Erklärung zur Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen in Sachsen – Schaffung einer Landesfachgruppe Jugendberufsagentur (LF JBA) vom 5. Juni 2023 702

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Modell-Förderprogramm „Beratungsstelle Pflegeausbildung Sachsen“ vom 8. Juni 2023 ... 705

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Maßnahmenkatalog des Freistaates Sachsen zum Erhalt und zur Zucht von gesunden und resistenten Bienenvölkern vom 5. Juni 2023 707

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung Städtebauförderung im Freistaat Sachsen Programmaufruf 2024 vom 8. Juni 2023 710

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Genehmigungsverfahren zur wesentlichen Änderung des Stahl- und Walzwerkes der ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH am Standort Riesa – Auslegung des Antrags und der Unterlagen – Gz.: 44-8431/2230 vom 7. Juni 2023 717

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie vom 25. Mai 2023 719

Bekanntmachung des Landratsamtes Mittelsachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung vom 4. April 2023 des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ vom 11. Mai 2023 722

Verbandssatzung des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ (ZV CTRW) vom 4. April 2023 723

Sächsischer Landtag
Bekanntmachung
des Sächsischen Landtags
über die Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille
im Juni 2023
Vom 8. Juni 2023

Der Präsident des Sächsischen Landtags hat in Anerkennung und Würdigung besonderer Verdienste um die freiheitliche demokratische Entwicklung im Freistaat Sachsen am 3. Juni 2023

Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Binus, Wolkenstein
Herrn Berndt Dietze, Dresden
Herrn Bernd-Lutz Lange, Leipzig

Herrn Aloysius Mikwauschk, Räckelwitz
Frau Dr. Uta Neidhardt, Dresden
Frau Sabrina Sadowska, Chemnitz
Herrn Bernd Schlobach, Dommitzsch
Herrn Holker Thierfeld, Amtsberg

mit der Sächsischen Verfassungsmedaille ausgezeichnet.

Dresden, den 8. Juni 2023

Die Direktorin beim Sächsischen Landtag
Dr. Silvia Brüggem

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Personalausgaben bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung (Sächsische Versetzung/Abordnung/ZuweisungNachw-VwV – SäVAZVwV)

Az.: 22-H 1200/207/16-2023/18429

Vom 5. Juni 2023

Über die Zahlung der Personalausgaben bei der Versetzung, Abordnung und Zuweisung von Bediensteten wird gemäß §§ 5, 50 Absatz 3 und § 79 Absatz 4 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, soweit erforderlich im Einvernehmen mit dem Sächsischen Rechnungshof (§ 103 der Sächsischen Haushaltsordnung), Folgendes bestimmt:

I.

Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen

1. Die Verwaltungsvorschrift findet Anwendung bei:
 - a) Versetzung, Abordnung und Zuweisung von Staatsbediensteten des Freistaates Sachsen
Staatsbedienstete im Sinne dieser Vorschrift sind:
 - Beamtinnen und Beamte,
 - Richterinnen und Richter sowie
 - Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
 - b) dem Einsatz von Personen eines anderen Dienstherrn oder Arbeitgebers (andere Bedienstete) soweit diese zum Freistaat Sachsen (Staatsverwaltung) versetzt, abgeordnet oder zugewiesen werden.
2. Personalausgaben im Sinne der Verwaltungsvorschrift sind:
 - a) Besoldung und Krankenfürsorgeleistungen (Beihilfe, Heilfürsorge) der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter,
 - b) Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuzüglich Arbeitgeberaufwendungen zur Sozialversicherung und betrieblichen Altersversorgung sowie
 - c) sonstige Zahlungen, die durch Gesetz, Tarifvertrag oder vertragliche Vereinbarung begründet sind.
3. Aus Personalmaßnahmen gegebenenfalls resultierende umsatzsteuerrechtliche Verpflichtungen sind durch die personalverwaltende Stelle des entsandten Staatsbediensteten zu erfüllen. Dies umfasst insbesondere die Prüfung des Vorliegens einer Umsatzsteuerpflicht dem Grunde und der Höhe nach; die Bezügestelle des Landesamtes für Steuern und Finanzen übermittelt die für die Bestimmung der Höhe sowie des Entstehungszeitpunktes erforderlichen Angaben an die personalverwaltende Stelle.

II.

Grundsatz bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung

1. Verfahren bei Versetzung
 - a) Bei Versetzung von Staatsbediensteten innerhalb der Staatsverwaltung sind die Personalausgaben mit Ausnahme der Krankenfürsorgeleistungen ab dem Zeitpunkt der Versetzung zu Lasten der neuen Dienststelle zu zahlen.
 - b) Bei Versetzung von Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern zu einer Dienststelle des Bundes, eines anderen Landes, einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder einer anderen Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts ist die Zahlung der Personalausgaben mit dem Zeitpunkt des Ausscheidens einzustellen.
 - c) Bei Versetzung von anderen Bediensteten in die Staatsverwaltung des Freistaates Sachsen sind die Personalausgaben ab dem Zeitpunkt der Versetzung aus Landesmitteln zu Lasten der aufnehmenden Dienststelle zu zahlen. Satz 1 gilt entsprechend für Maßnahmen, die mit einer Versetzung vergleichbar sind.
2. Verfahren bei Abordnung
 - a) Bei Abordnung von Staatsbediensteten innerhalb der Staatsverwaltung sind die Personalausgaben mit Ausnahme der Krankenfürsorgeleistungen ab dem Zeitpunkt der Abordnung zu Lasten der neuen Dienststelle zu zahlen.
 - b) Bei Abordnung von Staatsbediensteten zu einer Dienststelle des Bundes, eines anderen Landes, einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder einer anderen Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts sind die Personalausgaben zu Lasten der bisherigen Dienststelle zu zahlen. Die für die Zeit der Abordnung gezahlten Personalausgaben sind mit zweifachem Vordruck vierteljährlich durch das Landesamt für Steuern und Finanzen bei dem anderen Dienstherrn/Arbeitgeber zur Erstattung anzufordern. Unabhängig von den tatsächlichen Kosten sollen pauschal monatlich
 - aa) für Beihilfen ein Zwölftel des Beihilfejahresbetrages der Anlage 2a zu Abschnitt 1 Grobbuchstabe B Ziffer II Nummer 2 und 3 der VwV Kostenfestlegung vom 8. Mai 2020 (SächsABl. S. 560), in der jeweils geltenden Fassung, und
 - bb) für Heilfürsorge 260 Euroangesetzt werden. Die Pauschalabrechnung ist verbindlich mit dem aufnehmenden Dienstherrn zu vereinbaren. Die Anforderung für das letzte Vierteljahr

eines Haushaltsjahres soll spätestens am 5. Dezember bei dem anderen Dienstherrn/Arbeitgeber vorliegen, damit die Erstattung noch im laufenden Haushaltsjahr durchgeführt werden kann.

- c) Bei Abordnung von anderen Bediensteten, das heißt eines anderen Dienstherrn/Arbeitgebers, in die Staatsverwaltung ist von einer Aufnahme der Zahlungen der Personalausgaben abzusehen, wenn sie vom anderen Dienstherrn/Arbeitgeber weitergezahlt werden. Auf Anforderung können jedoch die vom anderen Dienstherrn/Arbeitgeber gezahlten Personalausgaben erstattet werden.
- d) Alle weiteren Ausgaben, die im Zusammenhang mit einer Abordnung entstehen, wie zum Beispiel Trennungsgeld, Reisekosten oder Fortbildungskosten sind von der aufnehmenden Dienststelle zu tragen, unabhängig ob die Personalausgaben zu deren Lasten gezahlt werden.
- e) Für Abordnungen, die nicht mit dem Ziel der Versetzung erfolgen, wird ein Versorgungszuschlag in Höhe von 30 Prozent der jeweiligen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nach dem Recht des Freistaates Sachsen gefordert. Leistungsbezüge nach § 36 des Sächsischen Besoldungsgesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1005), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, sind bei der Bemessung des Versorgungszuschlags von Anfang an in dem Umfang anzusetzen, in dem sie höchstens nach § 37 Absatz 1 und 3 des Sächsischen Besoldungsgesetzes ruhegehaltfähig werden können. Die Erstattung des Versorgungszuschlags erfolgt jeweils zeitgleich mit der Erstattung der Aktivbezüge. Für den Fall einer Abordnung mit Versetzungsabsicht, bei der die Versetzung nicht erfolgt, ist der Versorgungszuschlag nachzufordern. Bei einer Abordnung ohne Versetzungsabsicht, die dennoch im unmittelbaren Anschluss eine Versetzung nach sich zieht, ist der Versorgungszuschlag an den aufnehmenden Dienstherrn zurückzuerstatten.

3. Verfahren bei Zuweisungen

Bei der Zuweisung (§ 20 Beamtenstatusgesetz vom 17. Juni 2008 [BGBl. I S. 1010], das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 [BGBl. 2023 I Nr. 140] geändert worden ist, § 4 Absatz 2 des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst der Länder vom 12. Oktober 2006 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 12 vom 29. November 2021 und § 4 Absatz 2 des Tarifvertrages zur Regelung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in forstwirtschaftlichen Verwaltungen, Einrichtungen und Betrieben der Länder vom 18. Dezember 2007 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 9 vom 15. Februar 2022 in den für den Freistaat Sachsen jeweils geltenden Fassungen) gelten die Regelungen der Ziffer II Nummer 2. Buchstaben b bis e dieser Verwaltungsvorschrift entsprechend. Ziffer II Nummer 2 Buchstabe e dieser Verwaltungsvorschrift gilt mit der Maßgabe, dass auf den Versorgungszuschlag verzichtet wird bei Zuweisungen zur Übernahme von Ehrenämtern in gemeinnützigen Vereinen, die unentgeltlich ausgeübt werden, für die Dauer von sechs Monaten.

- 4. Einnahmen aus der Erstattung von Personalausgaben sind stets von den betreffenden Ausgaben abzusetzen (Nummer 3.2.1 zu § 35 der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch Verwal-

tungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden ist in der jeweils geltenden Fassung).

Nur in Fällen umsatzsteuerpflichtiger Personalgestaltung ist der vierteljährliche Abrechnungsbeleg des Landesamtes für Steuern und Finanzen durch die personalverwaltende Stelle als Anlage zur Rechnung, aus der auch die zu zahlende Umsatzsteuer hervorgeht, an den aufnehmenden Dienstherrn/Arbeitgeber zu übermitteln. Der aufnehmende Dienstherr/Arbeitgeber erstattet – nach vorheriger Vereinbarung auf zwei Zahlwegen – dem Landesamt für Steuern und Finanzen direkt die Personalausgaben, die Umsatzsteuer hingegen an die personalverwaltende Stelle auf die von ihr anzugebende Verwal- beziehungsweise Vorschussbuchungsstelle (zwecks Zahlung der Umsatzsteuer an das zuständige Finanzamt).

- 5. Personalausgaben, die nach einer Versetzung oder Abordnung entstehen, aber davorliegende Zeiträume betreffen und vom Freistaat Sachsen zu tragen sind, sind zu Lasten der bisherigen Dienststelle zu zahlen.
- 6. Die Regelungen nach Ziffer II Nummer 1 und 2 dieser Verwaltungsvorschrift berühren nicht die Bestimmungen über Bewirtschaftung und Überwachung der Planstellen (Maßgaben zur Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung des jeweils geltenden Haushaltsgesetzes, Nummer 4 zu § 49 der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung) und die Bindung der einzelnen Dienststellen an die im Haushalt vorgesehenen oder ihnen zugewiesenen Planstellen beziehungsweise Mittel.

III.

Besondere Vorschriften

Von Ziffer II Nummer 2 und 3 werden folgende Ausnahmen zugelassen:

- 1. Bei Abordnungen im Rahmen von Aufstiegsfortbildungen sowie Abordnungen und Zuweisungen (bei Beschäftigten) an die Landesvertretungen beim Bund und europäischen Institutionen können die Personalausgaben zu Lasten der bisherigen Dienststelle für die gesamte Dauer der Abordnung weitergezahlt werden. Zu den Landesvertretungen zählen insbesondere die Landesvertretung beim Bund in Berlin sowie die Sachsen-Verbindungsbüros.
- 2. Bei Abordnungen und Zuweisungen (bei Beschäftigten) an europarelevante Bereiche von Bundesministerien (zum Beispiel Auswärtiges Amt, Europaabteilungen des Bundes) und bei Zuweisungen an Institutionen der Europäischen Union und Verwaltungseinrichtungen in Partnerregionen des Freistaates Sachsen kann auf eine Erstattung der Personalausgaben verzichtet werden, wenn die Abordnungen oder Zuweisungen im überwiegenden Interesse des Freistaates Sachsen liegen und der aufnehmende Dienstherr/Arbeitgeber die Übernahme der Personalausgaben ablehnt.
- 3. Bei Abordnungen an kommunale Gebietskörperschaften in Fällen, in denen die Gebietskörperschaft der oder dem Staatsbediensteten keine Stelle in der Wertigkeit ihrer oder seiner Besoldungsgruppe zur Verfügung stellen, kann auf eine vollständige Erstattung für die Dauer der Abordnung verzichtet werden, wenn die Abordnung im überwiegenden Interesse des Freistaates Sachsen

liegt. In Fällen von gegenseitigen Abordnungen mit kommunalen Gebietskörperschaften kann auf eine gegenseitige Erstattung der Personalausgaben verzichtet werden. Gleiches gilt für eine Abordnung an den Bund.

4. Bei Zuweisungen zu privatrechtlich organisierten kommunalen Einrichtungen und zu Wirtschaftsunternehmen kann für die ersten drei Monate der Zuweisung auf eine Erstattung der Personalausgaben verzichtet werden, wenn die Zuweisung im überwiegenden Interesse des Freistaates Sachsen liegt und der aufnehmende Arbeitgeber die Kostenübernahme für den vollen Zuweisungszeitraum ablehnt.
Entsendet die privatrechtlich organisierte kommunale Einrichtung oder ein Wirtschaftsunternehmen im Austausch für eine zugewiesene oder einen zugewiesenen Staatsbediensteten eine Person zum Freistaat Sachsen, kann auf die gegenseitige Erstattung der Personalausgaben verzichtet werden.
5. Bei Abordnungen und Zuweisungen von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zu Polizeieinsätzen im Ausland im Rahmen internationaler Unterstützungsaktionen kann auf eine Erstattung der Personalausgaben in dem Umfang verzichtet werden, wie die „Leitlinien für den Einsatz deutscher Polizeibeamter im Rahmen internationaler Friedensmissionen“ der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren eine Kostentragung der Länder vorsehen.
6. Die Personalausgaben können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen zu Lasten der bisherigen Dienststelle weitergezahlt werden, ohne dass eine Erstattung erfolgt. Die Einwilligung gilt als erteilt für
 - a) Abordnungen, die zwischen Dienststellen beziehungsweise Einrichtungen innerhalb eines Einzelplans erfolgen.

- b) die ersten 24 Monate einer einzelplanübergreifenden Abordnung innerhalb der Landesverwaltung des Freistaates Sachsen.

IV. Ausnahmen

Das Staatsministerium der Finanzen kann in besonders begründeten Fällen weitere Ausnahmen zulassen.

V. Übergangsvorschriften

Für Personalmaßnahmen, die bis einschließlich 30. Juni 2023 begonnen wurden, können die Regelungen der Ziffer II Nummer 2 Buchstabe b sowie Ziffer III dieser Verwaltungsvorschrift in ihrer bis dahin geltenden Fassung weiter angewendet werden.

VI. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Juli 2023 in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft

1. die Sächsische Versetzung/Abordnung/Zuweisung NachwVwV vom 10. Februar 2011 (SächsABl. S. 363), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178),
2. Nummer 7.4.7 und 7.4.8 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zum Vollzug des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 3. August 2016 (SächsABl. SDr. S. S 530), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178).

Dresden, den 5. Juni 2023

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Gemeinsame Erklärung zur Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen in Sachsen – Schaffung einer Landesfachgruppe Jugendberufsagentur (LF JBA)

Vom 5. Juni 2023

Schaffung einer Landesfachgruppe Jugendberufsagentur (LF JBA)

Mit der Vereinbarung zur Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen im Freistaat Sachsen vom 6. Januar 2017, Ziffer V verpflichten sich die Staatsministerien für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA), für Kultus (SMK) und für Soziales und Verbraucherschutz (SMS), die Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit sowie die Kommunalen Spitzenverbände im Rahmen ihrer Aufgabenstellung und Zuständigkeiten zu einem geregelten Austausch sowie den Prozess der Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen aktiv zu begleiten und zu fördern.

Auf dieser Grundlage vereinbaren die oben genannten Partner die Einrichtung einer LF JBA als institutionellen Rahmen für die Zusammenarbeit auf Landesebene.

Die LF JBA befasst sich mit landesweiten Aspekten von Jugendberufsagenturen, mit dem übergeordneten Ziel, förderliche Rahmenbedingungen für ein kohärentes Übergangssystem „Schule – Beruf“ auf Ebene des Freistaates zu schaffen. Zu ihren Aufgaben zählen insbesondere:

- Austausch und Abstimmung mit den regionalen Jugendberufsagenturen zu landesweiten Zielstellungen und Maßnahmen;
- landesseitige Koordination und Willensbildung, Informationsaustausch mit relevanten Gremien mit Bezug zum Übergangssystem;
- Abstimmung gemeinsamer Initiativen und Empfehlungen;
- gegenseitige Information zu Entwicklungen unter anderem in den Themenfeldern Grundsicherung, Arbeitsförderung, Schule, Wirtschaft, Jugendhilfe und Rehabilitation;
- Abstimmung zur Ausgestaltung der weiteren JubaS-Förderung;
- Abstimmung gemeinsamer Maßnahmen der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit;
- Aufnahme von Impulsen aus Wissenschaft und von Wirtschafts- und Sozialpartnern;
- Abstimmung und Begleitung von Evaluierungen.

In der LF JBA sind mindestens SMWA, SMS, SMK, RD, SSG und SLKT vertreten. Die LF JBA tagt in der Regel zwei Mal pro Jahr und versteht sich als ein offenes, lernendes Gremium, bei dem über die Einbeziehung weiterer Partner im Rahmen der Gremienarbeit entschieden werden soll.

Der Landesserviceestelle JubaS werden die Aufgaben der Geschäftsstelle der LF JBA sowie die Organisation eines geregelten Austauschs mit den regionalen Kooperationsbündnissen übertragen.

Spitzentreffen auf Leitungsebene der in der LF JBA vertretenen Institutionen finden anlassbezogen und bei Bedarf unter Einbindung des Landesjugendhilfeausschusses statt.

Begründung:

Junge Menschen stehen am Übergang von der Schule in das Berufsleben vor weitreichenden Entscheidungen. Der Ausbildungs-/Studien- und Berufswahlprozess (nachfolgend: Übergang „Schule – Beruf“) stellt die Weichen für die eigene berufliche Zukunft und hat Auswirkungen auf spätere Erwerbs- und Teilhabechancen. Ein gelingender Übergang „Schule – Beruf“ aller jungen Menschen ist angesichts des demografischen Wandels und zunehmenden Fachkräftebedarfs auch von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Sachsen. Die Komplexität am Übergang „Schule – Beruf“ hat zugenommen und nimmt weiter zu. Es gibt eine Vielzahl an Berufsbildern, Berufsausbildungen und Studiengängen, die sich beständig verändern und ausdifferenzieren. Bildungs-, Arbeits- und Berufsbiografien sind heute gestaltungsoffener denn je. Statt einer einmaligen Entscheidung für einen Beruf, der ein Leben lang ausgeführt wird, sind eine Reihe von Bildungs-, Ausbildungs-, Weiterbildungs-, und Arbeitsplatzentscheidungen im Laufe des Lebens zu treffen – deren Folgen nicht immer im Einzelnen abzusehen sind.

Junge Menschen benötigen für das Bewältigen der Anforderungen am Übergang „Schule – Beruf“ unterschiedlich viel Zeit. Dabei stehen ihnen unterschiedliche individuelle Ressourcen zur Verfügung. Ein Teil von ihnen hat häufig nur eine vage Vorstellung darüber, in welchem Beruf sie einmal tätig sein wollen, was sie in der Berufsausbildung erwartet und was ihre Interessen, Fähigkeiten, Bedürfnisse und Werthaltungen tatsächlich sind. Nicht selten werden von jungen Menschen die zahlreichen bestehenden (Unterstützungs- und Orientierungs-) Angebote und deren Anforderungen als unübersichtlich und zu wenig interessenbezogen wahrgenommen. Berufliche Orientierung, Berufsberatung und Ausbildungsplatzvermittlung sollen für junge Menschen auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen sicher ermöglicht werden.

Das gemeinsame Anliegen von Jugendberufsagenturen ist es, allen jungen Menschen am Übergang „Schule – Beruf“ ein bedarfsgerechtes Angebot zu machen, sie ganzheitlich und individuell zu begleiten und wenn notwendig zu unterstützen, denn die Verantwortung für einen gelingenden Übergang liegt nicht allein bei den jungen Menschen und ihren Erziehungsberechtigten. Die Gestaltung eines kohärenten Übergangssystems „Schule – Beruf“ ist auch gesellschaftliche Aufgabe.

Aus einer lebensweltbezogenen Perspektive heraus, zielen insbesondere die Instrumente des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) – Kinder- und Jugendhilfe und des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) – Rehabilitation darauf ab, zur Verwirklichung der Rechte junger Menschen beizutragen, Teilhabe zu ermöglichen und Benachteiligungen zu vermeiden beziehungsweise abzubauen.

Aus einer arbeitsweltbezogenen Perspektive heraus, dienen unter anderem die Instrumente des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende und des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) dazu, den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu unterstützen, die Transparenz auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu erhöhen, berufliche und regionale Mobilität sowie die zügige Besetzung offener Stellen zu ermöglichen sowie die individuelle Beschäftigungsfähigkeit zu fördern.

Die Kooperation der einzelnen Einrichtungen und Träger ermöglicht es, beide Perspektiven abgestimmt auf die individuellen Bedarfe junger Menschen einzubringen. Indem sich die einzelnen Träger und Einrichtungen koordinieren und relevante Angebote aus den jeweiligen Wirkungskreisen gemeinsam bündeln, ermöglichen Jugendberufsagenturen eine besondere Dienstleistungsorientierung, die den jungen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Es handelt sich dabei nicht um eine neue Behörde, sondern um eine Vertiefung der Kooperation auf Arbeitsebene. Die Träger und Einrichtungen bleiben in ihrem Handeln eigenständig und bestimmen gemeinsam, welche Aktivitäten vor Ort unter das „Dach“ der Jugendberufsagentur gefasst werden.

Ausgehend von den jeweiligen regionalen Rahmenbedingungen und Bedarfen besteht bei den regionalen Jugendberufsagenturen eine große Vielfalt hinsichtlich der unmittelbar beteiligten Kooperationspartner, der Ausgestaltung der Zusammenarbeit sowie der Zielsetzung der Arbeit. Jede Jugendberufsagentur in Sachsen hat ihr „eigenes Gesicht“ und eine individuelle Schwerpunktsetzung je nach regionalem Bedarf.

In allen sächsischen Landkreisen und Kreisfreien Städten ist die Zusammenarbeit der Kooperationspartner im „Netzwerk Jugendberufsagentur“ bereits hoch entwickelt. Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung von 2017 rie-

fen die Partner eine informelle Facharbeitsgruppe ins Leben und erarbeiteten gemeinsam die JubaS-Förderung (JubaS-Jugendberufsagentur Sachsen). Mit der JubaS-Förderung wird seit 2019 die Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen in allen 13 sächsischen Landkreisen und Kreisfreien Städten finanziell unterstützt sowie eine Landesservicestelle JubaS gefördert, die u. a. einen überregionalen Erfahrungsaustausch, Öffentlichkeitsarbeit und die Bündelung von Informationen auf der Website www.jubas-sachsen.de unterstützt.

Die Etablierung und Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen wurde 2019 in die Fachkräftestrategie 2030 für den Freistaat Sachsen aufgenommen und ist als gemeinsames Ziel der Koalitionsparteien im Koalitionsvertrag 2019 bis 2024 benannt.

In der 2021 verlängerten Vereinbarung zur Durchführung der Initiative Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss ist der Auf- und Ausbau von Jugendberufsagenturen im Handlungsfeld 2 „Weiterentwicklung des Systems im Übergangsbereich“ ebenfalls verankert.

Dem in der Fachkräftestrategie 2030 formulierten Leitziel folgend „Keine(r) darf verloren gehen!“, möchten die Kooperationspartner auf Landesebene die Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen in Sachsen auch in den kommenden Jahren voranbringen. Ziel ist es, einen förderlichen Rahmen zu setzen, damit Jugendberufsagenturen in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten zu einem breit angelegten Unterstützungsangebot für alle jungen Menschen ausgebaut und als Teil eines perspektivisch in sich kohärenten Übergangssystems „Schule – Beruf“ weiterentwickelt werden können. Die Partner unterstützen dabei die in der Kooperationsvereinbarung vorgeschlagene Evaluierung der Jugendberufsagenturen, um Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung des Übergangssystems in Sachsen zu gewinnen.

Es gilt, bewährte Ansätze zu stärken und durch den Einbezug neuer Partner zum Beispiel aus Wissenschaft, Wirtschaft, Schülerinnen-, Schülern- und Elternvertretungen die Wirksamkeit der Angebote der Jugendberufsagenturen weiter zu erhöhen.

Mit vorliegender Gemeinsamen Erklärung soll der Austausch auf Landesebene einen institutionellen Rahmen für die Zusammenarbeit der Kooperationspartner und weiterer relevanter Akteure erhalten. Die bestehende informelle

Facharbeitsgruppe wird dazu in eine Landesfachgruppe Jugendberufsagentur (LF JBA) überführt, erhält eine Anbindung an die jeweilige Leitungsebene der Kooperationspartner und wird mit konkreten Aufgaben versehen.

Dresden, den 5. Juni 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Die Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz
Petra Köpping

Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit
Klaus-Peter Hansen
Vorsitzender der Geschäftsführung

Sächsischer Landkreistag e. V.
Henry Graichen
Präsident
Landrat

Sächsischer Städte- und Gemeindetag e. V.
Bert Wendsche
Präsident
Oberbürgermeister

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Modell-Förderprogramm „Beratungsstelle Pflegeausbildung Sachsen“

Vom 8. Juni 2023

I. Rechtsgrundlage

Der Gesundheitssektor im Freistaat Sachsen ist zunehmend von einem Pflegefachkräftemangel geprägt. Offene Stellen in der pflegerischen Versorgung sind immer schwerer nachzubeseetzen. Die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen im Freistaat Sachsen sind daher zwingend auf die Gewinnung von Nachwuchskräften angewiesen, die zudem gut qualifiziert werden müssen. Hierzu startete die Einführung der generalistischen Pflegeausbildung nach dem Pflegeberufegesetz vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2581), das zuletzt durch Artikel 9a des Gesetzes vom 11. Juli 2021 (BGBl. I S. 2754) geändert worden ist, am 1. März 2020 im Freistaat Sachsen. Diese stellt alle an der Ausbildung Beteiligten, insbesondere in der Einführungsphase, vor hohe organisatorische Herausforderungen und vielfältige Fragen. Die bisherigen Unterstützungsstrategien zur Umsetzung des neuen Pflegeberufegesetzes im Freistaat Sachsen betrafen vor allem den schulischen Teil der Ausbildung.

Eine auf die praktische Ausbildung in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen fokussierende Beratungsstelle kann sowohl für Auszubildende, als auch Praxisanleitende Unterstützung leisten. Es können Ausbildungsabbrüche seitens der Auszubildenden und der Rückzug aus der Ausbildung seitens der Praxisanleitenden verhindert und somit die Pflegelandschaft gestärkt und stabilisiert werden.

Die Umsetzung des Modell-Förderprogrammes „Beratungsstelle Pflegeausbildung Sachsen“ erfolgt auf der Grundlage der RL Heilberufe vom 12. März 2020 (SächsABl. S. 305), die durch die Richtlinie vom 2. September 2021 (SächsABl. S. 1202) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABl. SDr. S. 230), in der jeweils geltenden Fassung, Teil 1 und Teil 2 Großbuchstabe E (Modellvorhaben) mit Finanzmitteln zur Unterstützung des Aufbaus von Kooperationsbeziehungen in der Pflegeausbildung gemäß § 54 des Pflegeberufegesetzes.

II. Zuwendungszweck

Die Förderung bezweckt die Etablierung einer zentralen „Beratungsstelle Pflegeausbildung Sachsen“, deren Ziel es ist, über verschiedene Angebote die an der Pflegeausbildung Beteiligten zu unterstützen, Ausbildungsabbrüche seitens der Auszubildenden und einen Rückzug aus der

Ausbildung seitens der Praxisanleitenden zu verhindern. Die Beratungsstelle soll zunächst – möglichst über ehrenamtliche Ausbildungspaten – ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für Auszubildende bereithalten. Im Hinblick auf die Auszubildenden sollen individuelle Fragen und Probleme zum Ausbildungsstart und Verlauf aufgegriffen und bearbeitet sowie geeignete Hilfsangebote weitervermittelt werden. Daraus könnte idealerweise ein Konzept zur Errichtung einer Ombudsstelle entwickelt werden.

Für die Praxisanleitenden soll ein Netzwerk aufgebaut werden und in diesem Zusammenhang ein Programm für Mentoren erstellt werden. Die Beratungsstelle soll ebenfalls als fachlicher Anlaufpunkt für organisatorische Fragen rund um die neue Pflegeausbildung dienen und beispielsweise Einrichtungen, Pflegeschulen sowie die Hochschulen bei der Suche nach geeigneten Kooperationspartnern unterstützen, um damit nachhaltige Kooperationsbeziehungen in der Pflegeausbildung aufzubauen. Ferner soll der Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen den Akteuren der Pflegeausbildung unterstützt werden.

III. Fördergegenstand

Gefördert wird der Betrieb einer Beratungsstelle zur Umsetzung der unter II. skizzierten Beratungstätigkeit und Projekte.

IV. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger ist eine natürliche oder juristische Person, die Rechtsträger einer Institution oder Bildungseinrichtung ist, welche Expertise in der Beratung, Kommunikation sowie der Erstellung und Evaluation von Konzepten vorweisen kann und über einen engen Bezug zur Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz verfügt.

V. Zuwendungsvoraussetzungen

Der Zuwendungsempfänger muss mit seinem Förderantrag eine Konzeption zum Betrieb einer Beratungsstelle unter Berücksichtigung von öffentlich zugänglichen und/oder selbst erhobenen Forschungsdaten vorlegen.

**VI.
Art und Umfang, Höhe der Zuwendung**

Zuwendungsfähig sind zur Finanzierung von zwei hauptamtlichen Personalstellen die tatsächlich entstandenen Personal- und Sachausgaben, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Betrieb der Beratungsstelle stehen.

Die Zuwendung wird als Projektförderung im Wege einer Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses in Höhe von 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben für den Zeitraum vom 1. September 2023 bis zum 31. Dezember 2024 gewährt. Der Zuwendungsempfänger muss sich an der Finanzierung der gesamten zuwendungsfähigen Ausgaben des Vorhabens mit Eigenmitteln oder Mitteln Dritter in Höhe von 10 Prozent beteiligen. Ein Antrag nach Teil 2 Buchstabe E Ziffer V Nummer 1 der RL Heilberufe kann gestellt werden. Die maximale Förderung beträgt 235 000 Euro.

**VII.
Verfahren**

Der Antrag auf Gewährung der Zuwendung muss innerhalb von vier Wochen ab Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Bewilligungsstelle

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Abteilung Bildung
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
www.sab.sachsen.de
eingereicht werden.

Der Bewilligungszeitraum endet am 31. Dezember 2024. Das weitere zuwendungsrechtliche Antrags- und Bewilligungsverfahren ergibt sich aus Teil 1 und Teil 2 Buchstabe E (Modellvorhaben) der RL Heilberufe.

Mit dem Verwendungsnachweis ist ein abschließender Evaluationsbericht vorzulegen.

Dresden, den 8. Juni 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Jochen Schnabel
Stellvertretender Abteilungsleiter

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Maßnahmenkatalog des Freistaates Sachsen zum Erhalt und zur Zucht von gesunden und resistenten Bienenvölkern Vom 5. Juni 2023

I.

Zuwendungszweck und Rechtsgrundlagen

1. Zuwendungszweck

Das primäre Ziel des Maßnahmenkataloges für den Freistaat Sachsen ist der Erhalt und die Zucht von gesunden und resistenten Bienenvölkern sowie darüber hinaus die Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzüchterzeugnisse. Mit den einzelnen Maßnahmen sollen die Erzeugung von Honig und anderen Imkereierzeugnissen gesichert und gesteigert sowie eine flächendeckende Bienenhaltung erhalten und die Vermehrung von gesunden Bienenvölkern erzielt werden. Dabei soll die imkerliche Praxis der Imkernden durch Wissensvermittlung und Beratung verbessert, Bienenkrankheiten eingedämmt und die Zucht von resistenten Bienen befördert werden, um die Zahl der Bienenvölker und der Imkernden zu steigern sowie die Bestäubungsleistung der Honigbienen als wichtigen Beitrag zur Ertragssicherheit landwirtschaftlicher Nutzpflanzen und Artenvielfalt zu sichern.

2. Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013, Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013, Durchführungsverordnung (EU) 2021/2290 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Methoden zur Berechnung der gemeinsamen Output- und Ergebnisindikatoren gemäß Anhang I der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013, Delegierte Verordnung (EU) 2022/126 der Kommission vom 7. Dezember zur Ergänzung der Verordnung (EU)

2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates um zusätzliche Anforderungen für bestimmte, von den Mitgliedstaaten in ihren GAP-Strategieplänen für den Zeitraum 2023 bis 2027 gemäß der genannten Verordnung festgelegte Interventionskategorien sowie um Vorschriften über den Anteil für den Standard für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ-Standard) Nr. 1, Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Finanzverwaltung, des Rechnungsabschlusses, der Kontrollen, der Sicherheiten und der Transparenz, GAP Strategieplan für Deutschland inklusive der Interventionsbeschreibungen für die Interventionen gemäß Artikel 55 der VO (EU) 2021/2115, Honigverordnung vom 16. Januar 2004 (BGBl. I S. 92), die zuletzt durch Artikel 10 der Verordnung vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2272) geändert worden ist, Zuständigkeitsverordnung Landwirtschaft/Forsten/Gentechnik vom 8. August 2013 (SächsGVBl. S. 757), die zuletzt durch Verordnung vom 28. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 21) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

II.

Gegenstand der Förderung

Auf der Grundlage des Artikels 55 der Verordnung (EU) 2021/2115 in Verbindung mit dem GAP Strategieplan für Deutschland wurden folgende Maßnahmen in die Förderung der Imkerei im Freistaat Sachsen aufgenommen:

1. Aufbau, Verbesserung und Verbreitung imkerlichen Wissens

- a) Schulung und Fortbildung auf Vereins, Landes und überregionaler Ebene, darunter auch Multiplikatoren- und Bienenfachverständigenschulungen, insbesondere zu den Themenbereichen:
 - Bienenseuchen/Varroosebekämpfung,
 - Bienenengesundheit,
 - Zucht leistungsfähiger varroatoleranter Bienenherkünfte,
 - Honigerzeugung, -gewinnung und -vermarktung,
 - Bienenhaltung/Bienenwanderung,
 - Qualitätsbestimmung/Honiguntersuchung,
 - angewandte Forschung,
 - Nachwuchswerbung und -gewinnung,
 - Honigbienenschutz.
- b) Beschaffung, Erstellung, Aktualisierung und Verbreitung von Schulungsmaterialien,

- c) Beratung/Betreuung von Imkernden, die ihren Wohnsitz und ihre Bienenhaltung im Freistaat Sachsen haben.
2. Investitionen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes
- a) Einrichtung und Modernisierung von Lehrbienenständen zur Schulung und Fortbildung der Imkernden und anderer Interessenten,
- b) Ausstattungen zur Einrichtung und Verbesserung der Bienenhaltung/Gesundheit/Zucht und der Gewinnung und Herstellung von Bienenzuchterzeugnissen sowie für die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zur gemeinschaftlichen Nutzung.
3. Qualitäts- und Reinheitsuntersuchungen
- Qualitäts- und Reinheitsuntersuchungen umfassen Qualitäts- und Sortenbestimmungen, Untersuchungen auf Rückstände in Bienenzuchterzeugnissen sowie zu Bienenverlusten, Ertragseinbrüchen und zu potenziellen Giftstoffen und die Prüfung auf Verfälschungen von Handels-Mittelwänden aus Bienenwachs. Die Untersuchung von Bienenverlusten schließt die Analyse von Bienen-viren ein.
4. Bienenvölkervermehrung/-erhaltung und Bienenzucht
- a) Beschaffung tierarzneimittelrechtlich zugelassener Behandlungsmittel und dazugehöriger Applikatoren und Sachausgaben für biotechnische Maßnahmen zur Bekämpfung von Bienenstockfeinden und -krankheiten,
- b) Kosten für Vorhaben zur Erhaltung und Zucht regional angepasster oder varroatoleranter Bienen einschließlich Leistungsprüfung.
5. Durchführung und Anwendung von Forschungsprojekten
- Die Förderung erfolgt auf der Grundlage der Ländervereinbarung zur Durchführung der gemeinsamen Finanzierung von Projekten des Länderinstitutes für Bienenkunde Hohen Neuendorf e. V.

III.

Begünstigte

1. Begünstigte sind:
- a) für Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a und b, Nummer 2, Nummer 3 und Nummer 4 Buchstabe b der Landesverband Sächsischer Imker e. V., der Landesverband Sächsischer Buckfastimker e. V., der Landesverband Sachsen Varroaresistenzzucht e. V., der Landesverband Dunkle Biene Sachsen e. V. und die Sächsische Tierseuchenkasse.
- b) für Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe c und Nummer 3 Bildungseinrichtungen im Freistaat Sachsen
- c) für Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 4 Buchstabe a die Sächsische Tierseuchenkasse
- d) für Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 5 das Länderinstitut für Bienenkunde Hohen-Neuendorf e. V.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

Die Nutzung der nach Ziffer II Nummer 2 geförderten Geräte und Ausrüstungsgegenstände ist für nachweislich fünf Jahre zu sichern. Es werden ausschließlich neue imkerliche Gerätschaften und Ausrüstungsgegenstände gefördert.

Die Doppelförderung von Maßnahmen mit anderen EU-, Bundes- oder Landesmitteln ist auszuschließen.

Untersuchungen nach Ziffer II Nummer 3 müssen in einem zertifizierten Labor, im Fall von Untersuchungen auf Tierseuchen und anderen Tierkrankheiten bei der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen erfolgen.

V.

Art und Umfang, Höhe der Förderung

1. Zuwendungs- und Finanzierungsart, Form der Zuwendung
- Die Zuwendungen werden als Anteilfinanzierung im Rahmen der Projektförderung in Form von jährlichen Zuschüssen gewährt.
2. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a und b
- Die Zuwendung beträgt 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen beispielsweise Personal- und Sachkosten, Raummiete, Honorare, Geräte und Ausstattung, Schulungsmaterial, Reisekosten, Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Tagungen und Ausstellungen.
3. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe c
- Die Zuwendung beträgt 100 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen beispielsweise Personal- und Sachkosten. Für indirekte Kosten (zum Beispiel Reisekosten, laufende Betriebsausgaben) kann ein Pauschalsatz von 15 Prozent der förderfähigen direkten Personalkosten berücksichtigt werden.
4. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 2
- Die Zuwendung beträgt 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen beispielsweise die Kosten für die Beschaffung von Honigschleudern, Honigabfüllmaschinen, Honigpumpen, Honigrührwerke, Dampfwachsschmelzer, Wachspresen, Magazinbeuten, Stockwaagen, Honigabfüllgeräte. Bei der Neueinrichtung eines Lehrbienenstandes gilt die Ausstattungsgesamtheit als förderfähig.
5. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 3
- Die Zuwendung beträgt 100 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen beispielsweise Sach- und Analysekosten, Geräte und Ausstattung sowie die Vergabe von projektbezogenen Leistungen an Dritte sowie Programme zur Prämierung.
6. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 4
- Die Zuwendung beträgt 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen beispielsweise Personal- und Sachkosten, Beschaffungskosten für Bekämpfungsmittel von Bienenstockfeinden und -krankheiten, Zuchtmaßnahmen, Kosten für Informationen zur Bienenvölkervermehrung/-erhaltung und Bienenzucht sowie Vergabe von Projekt

bezogenen Leistungen an Dritte. Für indirekte Kosten (zum Beispiel Reisekosten, laufende Betriebsausgaben) kann ein Pauschalsatz von 15 Prozent der förderfähigen direkten Personalkosten berücksichtigt werden.

7. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 5
Die Förderung erfolgt auf Grundlage der Ländervereinbarung zur Durchführung der gemeinsamen Finanzierung von Projekten des Länderinstitutes für Bienenkunde Hohen Neuendorf e. V.

VI.

Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Die Imkerorganisationen, die eine Förderung für Maßnahmen nach Ziffer II beantragen, sind verpflichtet, zum 1. Dezember eines jeden Jahres dem Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft die Anzahl eingewinterter Bienenstöcke mitzuteilen.

VII.

Verfahren

1. Antrags- und Bewilligungsverfahren
Antrags- und Bewilligungsbehörde für die Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 bis 4 ist das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie. Für die Maßnahme nach Ziffer II Nummer 5 wird die Zuständigkeit in der Ländervereinbarung zur Durchführung der gemeinsamen Finanzierung von Projekten des Länderinstitutes für Bienenkunde Hohen Neuendorf e. V. geregelt. Die Zuwendung wird nur auf Antrag der Begünstigten mittels vorgegebener Formulare gewährt. Die Antragstellung zum Erhalt der Zuwendung muss vor Maßnahmenbeginn erfolgen (es gilt das Eingangsdatum bei der Bewilligungsbehörde). Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach Abschluss der Verwaltungskontrolle über die Förderfähigkeit der beantragten Maßnahmen.
2. Auszahlungsverfahren
Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt aufgrund der Vorlage und Prüfung des Zahlungsantrages.
3. Zahlungsantrag
Der Zahlungsantrag besteht aus einem Sachbericht und den nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben (Zahlungsnachweise, Rechnungen, Verträge oder Aufträgen). Es ist eine Belegliste anzufertigen. Zusätzlich sind bei Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe c alle durch den Imkernden und die Beratungsperson unterzeichneten Beratungsprotokolle sowie bei Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a eine Liste der Teilnehmenden einzureichen.
4. Kontrollverfahren
Die Begünstigten sind verpflichtet, Kontrollen der zuständigen Behörden des Freistaates Sachsen oder der

Europäischen Union sowie der von diesen Stellen beauftragten Kontrollpersonen zu dulden. Bei mindestens 5 Prozent der beantragten Zuwendungen innerhalb der Förderperiode werden die Einhaltung der Förderkriterien vor der Auszahlung im Rahmen einer Vor-Ort-Kontrolle geprüft. Für die Vor-Ort-Kontrollen ist die Bewilligungsbehörde zuständig.

VIII.

Kürzungen und Sanktionen

Die Bewilligungsbehörde kann die bewilligte Förderung ganz oder teilweise zurücknehmen oder widerrufen, wenn der Begünstigte die Auflagen nicht oder nicht innerhalb der gesetzten Frist erfüllt, den Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt oder den Mitteilungspflichten nicht nachkommt.

Im Fall vorsätzlich falscher Angaben, die in betrügerischer Absicht gemacht werden, wird die Zuwendung vollständig abgelehnt beziehungsweise zurückgefordert.

In Fällen höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2021/2116 kann die Bewilligungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen von Kürzungen und Sanktionen absehen. Der Fall höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände ist der Bewilligungsbehörde innerhalb von 15 Arbeitstagen nach dem Zeitpunkt, ab dem die Begünstigten hierzu in der Lage sind, schriftlich mitzuteilen.

IX.

Transparenz

Bei Maßnahmen, die aus Mitteln des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) finanziert werden, veröffentlicht der Freistaat Sachsen aufgrund von Artikel 98 der Verordnung (EU) 2021/2116 und der Artikel 58 sowie Artikel 59 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 die Informationen zu Namen und Gemeinde der Begünstigten, gegebenenfalls einschließlich der Informationen über Gruppen, denen die Begünstigten gemäß Artikel 59 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/2116 angehören, den Maßnahmencode, maßnahmenbezogen das spezifische Ziel, das Anfangs- und das Enddatum, die Beträge für den EGFL, einschließlich der Kofinanzierung sowie die entsprechenden Gesamtbeträge einschließlich des EU-Gesamtbetrages.

X.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Dieser Maßnahmenkatalog tritt mit Unterzeichnung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2027 außer Kraft.

Dresden, den 5. Juni 2023

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung Städtebauförderung im Freistaat Sachsen Programmaufruf 2024

Vom 8. Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Grundsätze

1. Die Programme der Städtebauförderung
2. Rechtsgrundlagen der Förderung
3. Strategische Zielstellungen des Freistaates Sachsen in der Städtebauförderung

II. Programmschwerpunkte, Maßgaben und Bewertung

1. Förderfähigkeit städtebaulicher Gesamtmaßnahmen in allen Programmen
2. Bund-Länder-Programm: Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne (LZP)
3. Bund-Länder-Programm: Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP)
4. Bund-Länder-Programm: Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten (WEP)
5. Fördervoraussetzungen
 - 5.1 Neuanträge in allen Programmen
 - 5.2 Fortsetzungsanträge
 - 5.3 Fortsetzungsberichte

III. Verfahren

IV. Begleitinformationen zu den Teilprogrammen der Städtebauförderung und Evaluierung

1. Begleitinformation
2. Evaluierung

I. Allgemeine Grundsätze

1. Die Programme der Städtebauförderung

Mit der Ausschreibung Städtebauförderung 2024 werden die Voraussetzungen für Städte und Gemeinden auf eine Programmaufnahme und Programmfortführung bekanntgemacht und verbindliche Fristen für Neu- und Fortsetzungsanträge/-berichte in den Bund-Länder-Programmen der Städtebauförderung festgelegt. Als Programme in der Städtebauförderung 2024 stehen unverändert zum Vorjahr zur Verfügung:

- Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne (LZP),
- Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP),
- Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten (WEP).

2. Rechtsgrundlagen der Förderung

(1) Die jährlichen Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung dienen auf Grundlage des Artikels 104b Grundgesetz in Verbindung mit § 164a und § 164b des Baugesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung, dem Abbau von städtebaulichen Missständen oder Funktionsverlusten in den Städten und Gemeinden. Die nachfolgenden Regelungen gelten vorbehaltlich der zwischen dem Bund und den Ländern noch abzuschließenden „Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2024“. Die Bundes- und Landesmittel sind für Fördergebiete bestimmt, die durch Beschluss der Gemeinde oder durch Satzung nach Maßgabe der drei städtebaulichen Förderprogramme räumlich abzugrenzen sind (Gebietskulisse).

(2) Die Bekanntmachung beruht auf Abschnitt C Nummer 10 der FRL Städtebauliche Erneuerung vom 7. März 2022 (SächsABl. S. 361) die in den Zuständigkeitsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung (SMR) fällt.

3. Strategische Zielstellungen des Freistaates Sachsen in der Städtebauförderung

(1) Die Städte und Gemeinden für alle Bevölkerungsgruppen lebenswert, attraktiv und anpassungsfähig für künftige Aufgaben zu erhalten, ist eine dauernde Aufgabe der Städtebauförderung. Kernanliegen der Städtebauförderung ist die Behebung städtebaulicher Missstände oder Funktionsverluste innerhalb einer Gebietskulisse.

(2) Die Städtebauförderung verfolgt vorrangig das Ziel der Innen- vor Außenentwicklung. Die konkreten Maßnahmenplanungen sind auf Grundlage bestehender städtebaulicher Strukturen auszurichten und die Flächeninanspruchnahme zu minimieren. Die Stärkung und Entwicklung innerörtlicher Zentren und Innenstädte zu attraktiven, identitätsstiftenden und multifunktionalen Standorten für Wohnen, Arbeit, Wirtschaft, Soziales, Kultur und Bildung steht im Fokus. Eine Nutzungsvielfalt wird insbesondere für Erdgeschossflächen der Innenstädte angestrebt.

(3) Beantragte Gesamtmaßnahmen sollen sich durch ein hohes Maß an Gemeinwohlorientierung auszeichnen. Die im Maßnahmenkonzept benannten Vorhaben sollen insbesondere durch eine in das Quartier oder in die Nachbarschaft ausstrahlende Wirkung und durch eine allgemeine Verfügbarkeit und Nutzung geprägt sein. Auf die Zielstellungen der Neuen Leipzig Charta 2020 wird verwiesen. Gesellschaftliche Teilhabe und die Integration aller Bevölkerungsgruppen sowie die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Quartieren sind wesentliche Ziele der Städtebauförderung. Die durch die Städtebauförderung angestoßenen Instrumente des Quartiersmanagements und des Verfügungsfonds sollen über den Abschluss der Gesamtmaßnahme durch die Kommune selbst verstetigt werden.

(4) Neben der Förderung von Gemeinbedarfseinrichtungen im Hinblick auf ihre Funktion der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung sollen Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe aller einen wichtigen Schwerpunkt der Städtebauförderung in den nächsten Jahren im Freistaat Sachsen kennzeichnen.

(5) Städte sollen ihre Potenziale nutzen, sich zu Orten einer ökologieverträglichen Lebensweise zu transformieren. Maßnahmen zum Klimaschutz sowie zur Anpassung an den Klimawandel haben insbesondere in städtebaulichen Strukturen eine hohe Bedeutung und sind daher über alle Maßnahmen der Städtebauförderung hinweg als Querschnittsaufgabe zu betrachten und zu verfolgen. Im Rahmen der Gebietsförderung der Städtebauförderung liegt dabei der Fokus auf der Entwicklung von energetischen Quartierslösungen sowie im Ausbau und in der Qualifizierung der grünen und blauen Infrastruktur. Von diesen multifunktionalen beziehungsweise komplementären Maßnahmen wird sich eine breitere Wirkung auch mit Blick auf die Erreichung anderer Zielstellungen (unter anderem Schaffung öffentlicher Räume oder Verbesserung der Lebensqualität) erhofft.

(6) Im Freistaat Sachsen besteht eine besondere Herausforderung, brach gefallene Flächen sowie leerstehende Gebäude zu revitalisieren und für neue Entwicklungsimpulse zu nutzen. Dies gilt insbesondere für die Neu- und Wiedernutzung brachliegender Industrie-, Konversions- oder Eisenbahnflächen, leer gefallener Immobilien und nicht hinreichend genutzter Areale, um die Revitalisierung der Stadt- und Ortskerne zu stärken.

(7) Durch die Städtebauförderung soll der integrierte und gebietsbezogene Handlungsansatz in Planung und Umsetzung innerhalb der Kommunalverwaltung gestärkt werden. Beantragte Gesamtmaßnahmen sollen sich durch ein hohes Maß an ressortübergreifender Abstimmung innerhalb der Kommunalverwaltung sowohl in der Gesamtkonzeption als auch in den Maßnahmenplanungen auszeichnen. Nach bestehenden Möglichkeiten sollen Fachförderprogramme (unter anderem KfW 432, FRL Orte des Gemeinwesens oder FRL KitaBau) genutzt werden.

(8) Neben der notwendigen verwaltungsinternen gebietsbezogenen und integrierten Abstimmung hat die Ein-

beziehung von vor Ort vertretenen Akteuren (Bewohner, Zivilgesellschaft, Wohnungswirtschaft, Lokalökonomie) einen hohen Stellenwert. Dabei sollen adressatenspezifische Aktivierungsmethoden zum Einsatz kommen.

II.

Programmschwerpunkte, Maßgaben und Bewertung

1. Förderfähigkeit städtebaulicher Gesamtmaßnahmen in allen Programmen

(1) Die Finanzhilfen des Bundes und des Freistaates Sachsen im Rahmen städtebaulicher Gesamtmaßnahmen können in allen Programmen 2024 insbesondere eingesetzt werden für

- die Vorbereitung der Gesamtmaßnahme einschließlich vorbereitender Untersuchungen nach § 141 des Baugesetzbuches sowie Erarbeitung und Fortschreibung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte,
- Maßnahmen des Klimaschutzes, zur Anpassung an den Klimawandel, zur Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur,
- Bau- und Ordnungsmaßnahmen,
- Maßnahmen zur Aufwertung des öffentlichen Raumes (Straßen, Wege, Plätze), zur Erneuerung des baulichen Bestandes,
- Maßnahmen der Revitalisierung von Brachflächen einschließlich Nachnutzung beziehungsweise Zwischenutzung (nur im Rahmen des WEP),
- Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, zum Erhalt und zur Sicherung des bau- und gartenkulturellen Erbes sowie stadtbildprägender Gebäude,
- Maßnahmen zur Sicherung der Daseinsvorsorge,
- Maßnahmen der Barrierearmut beziehungsweise -freiheit,
- Maßnahmen zum Einsatz digitaler Technologien (städtebauliche Vernetzung von Infrastrukturen, Daten, Netzen),
- Maßnahmen zum Umgang mit Gebäudeleerstand (zum Beispiel Zwischenerwerb),
- Quartiersmanagement, Leistungen von Beauftragten, Beratung von Eigentümern/Eigentümerinnen,
- interkommunale Maßnahmen, insbesondere von kleineren Städten und Gemeinden, sowie Stadt-Umland-Kooperationen einschließlich Maßnahmen zur Bildung interkommunaler Netzwerke und Kooperationsmanagement (nur im Rahmen von WEP und SZP),
- Maßnahmen zur Steigerung der Baukultur, insbesondere der Planungs- und Prozessqualität,
- Maßnahmen mit hohem Innovations- und Experimentiercharakter in außerordentlichen Stadtentwicklungsformaten (in 2024 insbesondere Maßnahmen zur Schaffung von Unterbringungen von geflüchteten Personengruppen) und
- Beteiligung und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern.

(2) Der Einsatz der Finanzhilfen erfolgt gemäß den nachfolgenden Ausführungen zu den Programmen.

2. Bund-Länder-Programm: Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne (LZP)

(1) Ziel des LZP ist die Belebung sowie die Stärkung der Zentrenfunktion von Innenstädten als Mittelpunkt des städtischen Lebens. Mittels einer Funktionsmischung sollen attraktive und identitätsstiftende Standorte für Wohnen,

Arbeiten, Wirtschaft, Soziales und Kultur entstehen oder fortentwickelt werden. Im LZP können städtebauliche Gesamtmaßnahmen gefördert werden, deren Schwerpunkt in der Anpassung, Stärkung, Revitalisierung und dem Erhalt von Stadt- und Ortskernen, historischer Altstädte, Stadtteilzentren und Zentren in Ortsteilen, der Profilierung und Standortaufwertung sowie dem Erhalt und der Förderung der Nutzungsvielfalt von baulicher Infrastruktur besteht.

(2) Das Programmvolumen beträgt für das Programmjahr 2024 voraussichtlich 41 Millionen Euro.

(3) Die räumliche Festlegung des Städtebaufördergebiets kann als Sanierungsgebiet nach § 142 des Baugesetzbuches, Erhaltungsgebiet nach § 172 Absatz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuches, als Maßnahmegebiet nach § 171b oder § 171e des Baugesetzbuches erfolgen.

(4) Die Höhe der Finanzhilfen (Bund + Land) beträgt 66 2/3 Prozent der nach der FRL Städtebauliche Erneuerung zuwendungsfähigen Ausgaben und Kosten.

(5) Der Einsatz der Finanzhilfen ist im LZP insbesondere für folgende Maßnahmen möglich:

- a) bauliche Maßnahmen zum Erhalt des baukulturellen Erbes, die Aktivierung von Stadt- und Ortskernen, die Anpassung an den innerstädtischen Strukturwandel, unter anderem bei zentralen Versorgungsbereichen, die durch Funktionsverluste, insbesondere gewerblichen Leerstand, bedroht oder davon betroffen sind sowie Sicherung der Versorgungsstruktur zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge,
- b) Sicherung und Sanierung erhaltenswerter Gebäude, historischer Ensembles oder sonstiger baulicher Anlagen von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung sowie die Modernisierung und Instandsetzung oder den Aus- und Umbau dieser Gebäude oder Ensembles; Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung besonders erhaltenswerter Bausubstanz sowie die Durchführung von Ordnungsmaßnahmen zur Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung des historischen Stadtbildes und Stadtgrundrisses,
- c) Erhalt und Weiterentwicklung des innerstädtischen öffentlichen Raumes (Straßen, Wege, Plätze), insbesondere von Grünräumen,
- d) klimafreundliche Mobilität und Erreichbarkeit der Zentren sowie ein konfliktfreies und sicheres Miteinander der unterschiedlichen Mobilitätsformen, insbesondere durch Optimierung der Fußgängerfreundlichkeit und alternativer Mobilitätsformen, eine bessere Vernetzung von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Erholung sowie durch Sicherstellung der Nahversorgung sowie
- e) Quartiers- und Citymanagement.

3. Bund-Länder-Programm: Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP)

(1) Ziel des SZP ist die Unterstützung von Stadtteilen mit sozialen Problemlagen durch die Stärkung deren Integrationsfunktion. Im SZP können städtebauliche Gesamtmaßnahmen gefördert werden, deren Schwerpunkt darin besteht, die Wohn- und Lebensqualität sowie die Nutzungsvielfalt in den Quartieren der Kommunen zu erhöhen, die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu unterstützen und den Zusammenhalt in der Nachbarschaft zu stärken, insbesondere Maßnahmen des Quartiersmanagements und zur Mobilisierung von Teilhabe und ehrenamtlichen Engagement. Maßnahmen in diesem Programm dienen der Stabilisierung und Aufwertung von Stadt- und Ortsteilen, die auf Grund der

Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt sind. Im Sinne einer ganzheitlichen Perspektive sind vor Ort bestehende oder bereits geplante Projekte, Mittel und Akteure in die Förderung der Stadt- und Ortsteile einzubeziehen, um durch eine Abstimmung vor Ort die Kräfte zu bündeln. Zudem sind Strukturen für eine langfristige Verstärkung erfolgreicher Maßnahmen über den Förderzeitraum hinaus zu schaffen.

(2) Das Programmvolumen beträgt für das Programmjahr 2024 voraussichtlich 36 Millionen Euro.

(3) Die räumliche Festlegung des Städtebaufördergebiets kann als Maßnahmegebiet nach § 171e Absatz 3 des Baugesetzbuches, als Sanierungsgebiet nach § 142 des Baugesetzbuches oder als Erhaltungsgebiet nach § 172 Absatz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuches erfolgen.

(4) Die Höhe der Finanzhilfen beträgt 66 2/3 Prozent der nach der FRL Städtebauliche Erneuerung zuwendungsfähigen Ausgaben und Kosten.

(5) Der Einsatz der Finanzhilfen im SZP ist für folgende Maßnahmen – auch im Rahmen von interkommunalen Kooperationen – möglich:

- a) Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse, unter anderem auch durch Aufwertung und Anpassung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes,
- b) Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter sowie sonstiger sozialer Infrastrukturen,
- c) Stärkung der Bildungschancen und der lokalen Wirtschaft,
- d) Verbesserung von Angeboten für Gesundheit und Sport,
- e) Bereitstellung und Erweiterung des kulturellen Angebots,
- f) Maßnahmen zur Verbesserung einer Umweltgerechtigkeit,
- g) Verbesserung der Integration und Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen und von Menschen mit Migrationshintergrund sowie Mobilisierung von Teilhabe und ehrenamtlichem Engagement, insbesondere durch frühzeitige Beteiligung und Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Vernetzung lokaler Akteure und
- h) Quartiersmanagement, insbesondere als Ansprechpartner in der Nachbarschaft sowie Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und sonstigen Quartiersakteuren, zur Aktivierung, Beteiligung und Vernetzung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie weiterer lokaler Akteure, zur Koordinierung und Bündelung der Angebote und Maßnahmen im Quartier.

4. Bund-Länder-Programm: Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten (WEP)

(1) Ziel des WEP ist die Unterstützung von erheblich von Transformationsprozessen betroffenen Städten und Gemeinden. Im WEP können städtebauliche Gesamtmaßnahmen gefördert werden, deren Schwerpunkt darin besteht, diejenigen Städte und Gemeinden bei der Bewältigung des wirtschaftlichen und demographischen Wandels in Gebieten zu unterstützen, die von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten und Strukturveränderungen betroffen sind. Diese Gebiete können sowohl innerstädtische Altbauquartiere, gründerzeitliche Stadterweiterungen und Wohngebiete am Stadtrand sein. Die Städte und Gemeinden sollen frühzeitig in die Lage versetzt werden, sich auf Strukturveränderungen und auf die damit verbundenen städtebaulichen

Auswirkungen einzustellen. Ziel ist das Wachstum und die nachhaltige Erneuerung dieser Gebiete zu lebenswerten Quartieren zu befördern. Mit den städtebaulichen Maßnahmen soll frühzeitig auf die Strukturveränderungen und deren städtebaulichen Auswirkungen reagiert werden. Die Einzelmaßnahmen müssen geeignet sein, um auf die Strukturveränderungen zu reagieren und einen integrierten städtebaulichen Ansatz verfolgen.

(2) Das Programmvolumen beträgt für das Programmjahr 2024 voraussichtlich 65 Millionen Euro.

(3) Die räumliche Festlegung des Städtebaufördergebiets kann als Stadtumbaugebiet nach § 171b des Baugesetzbuches, Sanierungsgebiet nach § 142 des Baugesetzbuches, städtebaulicher Entwicklungsbereich nach § 165 des Baugesetzbuches oder Erhaltungsgebiet nach § 172 Absatz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuches erfolgen.

(4) Die Höhe der Finanzhilfen beträgt 66 2/3 Prozent der nach der FRL Städtebauliche Erneuerung zuwendungsfähigen Ausgaben und Kosten. Die Absätze 7 bis 10 bleiben unberührt.

(5) Die städtebauliche Gesamtmaßnahme kann Einzelmaßnahmen aus einem oder mehreren Programmteilen gemäß Absatz 6 bis 10 beinhalten.

(6) Im Programmteil „Aufwertung“ können die Finanzhilfen – auch im Rahmen von interkommunalen Kooperationen – insbesondere für folgende Maßnahmen eingesetzt werden:

- a) städtebauliche Anpassung an Schrumpfungs- und Wachstumsentwicklungen,
- b) städtebauliche Neuordnung sowie die Revitalisierung von Brachflächen durch Umnutzung von brachgefallenen Gebäuden; Förderfähig sind hierbei auch notwendige Freilegungen,
- c) Verbesserung des öffentlichen Raums, des Wohnumfeldes und der Freiflächen,
- d) Aufwertung und den Umbau des Gebäudebestandes sowie
- e) wassersensible Stadt- und Freiraumplanung und Reduzierung des Wärmeinseleffektes.

(7) Im Programmteil „Rückbau“ können Finanzhilfen für den Rückbau leerstehender, dauerhaft nicht mehr benötigter Gebäude oder Gebäudeteile eingesetzt werden. Das beinhaltet Aufwendungen für die Freimachung von Wohnungen, den Rückbau unmittelbar (Abrisskosten) und eine einfache Herrichtung des Grundstücks zur Wiedernutzung, dazu zählt insbesondere die Begrünung. Der Zuschuss je Quadratmeter rückgebauter Wohnfläche beträgt bis zu 110 Euro der nachgewiesenen Ausgaben. Der Rückbau von vor 1919 errichteten Gebäuden in straßenparalleler Blockrandbebauung oder anderen das Stadtbild prägenden Gebäuden ist nicht zuwendungsfähig.

(8) Im Programmteil „Rückführung der städtischen Infrastruktur“ können Finanzhilfen für Maßnahmen der stadtumbaubedingten Rückführung der städtischen Infrastruktur sowohl im Bereich der sozialen als auch der technischen Infrastruktur eingesetzt werden. Das beinhaltet auch Vorhaben, die auf Grund des Stadtumbaus erforderlich sind, um die Funktionsfähigkeit zu sichern. Die Höhe der Finanzhilfen beträgt bei technischen Infrastrukturmaßnahmen 50 Prozent und bei sozialer Infrastruktur 90 Prozent der nach der RL Städtebauliche Erneuerung zuwendungsfähigen Ausgaben und Kosten.

(9) Im Programmteil „Sicherung“ können Finanzhilfen für die Sicherung von Gebäuden eingesetzt werden, die vor 1949 errichtet wurden. Die Höhe der Finanzhilfen beträgt 100 Prozent der nach der RL Städtebauliche Erneuerung zuwendungsfähigen Ausgaben und Kosten.

(10) Im Programmteil „Sanierung“ können – auch im Rahmen von interkommunalen Kooperationen – Finanzhilfen für eine Einzelmaßnahme auf 100 Prozent der förderfähigen Ausgaben und Kosten für eine Sanierung erhöht werden. Dies gilt für vor 1949 errichtete, unter Denkmalschutz stehende beziehungsweise stadtbildprägende Gebäude, welche sich im Eigentum der Gemeinde befinden und für das ein tragfähiges Nutzungskonzept als Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtung vorhanden ist.

5. Fördervoraussetzungen

5.1 Neuanträge in allen Programmen

(1) Nur im SZP sowie im WEP kann jeweils eine begrenzte Anzahl neuer städtebaulicher Gesamtmaßnahmen durch das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung mit Zustimmung des Bundes gemäß Abschnitt C Nummer 12.4 der RL Städtebauliche Erneuerung in der jeweils geltenden Fassung aufgenommen werden.

(2) Die Gemeinden, die einen Neuantrag stellen wollen, müssen frühzeitig mit der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) in Kontakt treten und sich hinsichtlich der Wahl des Förderprogramms und des Umfangs der Gesamtmaßnahme beraten lassen. Auch können die Sächsische Energieagentur (saena) oder die durch das SMR geförderten Netzwerke und Beratungsstellen genutzt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind dies: Dezentrale – Netz für gemeinschaftliches Wohnen in Sachsen, Denkmalnetz Sachsen, Kreativlandtransfer, Servicestelle Gemeinwesenarbeit (ab September 2024), Fachstelle INSEK (ab Januar 2024).

(3) Die Neuaufnahme von Gesamtmaßnahmen setzt voraus, dass die beantragende Gemeinde mindestens über 2.000 Einwohner verfügt. Bei interkommunalen Kooperationen muss dies Voraussetzung bei der antragstellenden Kommune erfüllt sein. Ein Rechtsanspruch auf Programmaufnahme besteht nicht.

(4) Die Förderdauer einer Gesamtmaßnahme ist auf 15 Jahre begrenzt.

(5) Der Umfang der Gesamtmaßnahme ist so auszugestalten, dass dieser in einem angemessenen Verhältnis zur Größe der Gemeinde und des Fördergebietes, zum Umfang der städtebaulichen Missstände sowie dem beabsichtigten Durchführungszeitraum und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune steht. Der Umfang der beantragten Finanzhilfen soll 10 Mio. Euro nicht überschreiten. Die Gemeinde bestätigt mit ihrem Grundsatzbeschluss (vergleiche Abschnitt B Ziffer III Nummer 3 der VwV Kommunale Hauswirtschaftswirtschaft), dass

- a) sie die Höhe der Gesamtausgaben in der Kosten- und Finanzierungsübersicht sorgfältig ermittelt hat,
- b) die Bereitstellung der Eigenanteile im Antragsjahr und in den folgenden Haushaltsjahren des Durchführungszeitraumes voraussichtlich gesichert ist und
- c) die Durchführung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme auch unter Berücksichtigung der Folgekosten ihrer Leistungskraft entspricht.

(6) Gesamtmaßnahmen mit einem Maßnahmeschwerpunkt im Handlungsfeld Brachflächenrevitalisierung sind im WEP zu beantragen.

(7) Bei Antragstellung im WEP sind alle Programmteile, die im Laufe der Durchführung der Gesamtmaßnahme in Anspruch genommen werden sollen, im Fördergebietskonzept darzustellen und mit dem Maßnahmenkonzept zu beantragen. Die Beantragung der Programmteile „Rückbau“ beziehungsweise „Rückführung der städtischen Infrastruktur“ kann nur in Kombination mit dem Programmteil „Aufwertung“ erfolgen.

(8) In den Bund-Länder-Programmen SZP und WEP ist eine Förderung von interkommunalen Kooperationen möglich. Diese Förderung stellt auf Einzelmaßnahmen ab, die der gemeindeübergreifenden Daseinsvorsorge von kleineren Städten und Gemeinden im ländlichen Raum dienen. Hierbei sollen Einzelmaßnahmen eine Funktionsteilung im Hinblick auf die nachhaltige Sicherung von Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge bewirken.

(9) Voraussetzung für Neuanträge zur Programmaufnahme sind:

- a) die schlüssige Ableitung der zur Förderung beantragten Gesamtmaßnahme einschließlich der Ziele und Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung aus einem aktuellen (nicht älter als 10 Jahre) Integrierten Stadtentwicklungskonzept gemäß § 171b des Baugesetzbuches und den damit vernetzten Fachplanungen als für die gesamte Stadt- beziehungsweise Gemeindeentwicklung ausgerichtete Rahmenplanung nach § 1 Absatz 6 Nummer 2 und 11 des Baugesetzbuches,
- b) die Feststellung städtebaulicher Missstände im Sinne des § 136 des Baugesetzbuches beziehungsweise sozialer Missstände im Sinne des § 171e des Baugesetzbuches,
- c) die Feststellung städtebaulicher Funktionsverluste im Sinne des § 136 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 und Absatz 3 Nummer 2 des Baugesetzbuches,
- d) die konkrete Benennung und Erläuterung der Fördergebietsziele, die sich aus den festgestellten städtebaulichen beziehungsweise sozialen Missständen oder städtebaulichen Funktionsverlusten ableiten,
- e) die Begründung der Wahl des Förderprogramms und des Fördergebietsbeschlusses in Bezug auf die Zielsetzungen des SZP oder des WEP, vergleiche Nummern II. 2–4 dieser Bekanntmachung,
- f) ein unter Beteiligung aller Akteure vor Ort (Einwohner, Zivilgesellschaft, Wohnungswirtschaft lokale Ökonomie, Kultur, Soziales) sowie innerhalb der Kommunalverwaltung ressortübergreifend erstelltes Fördergebietskonzept mit Bedarfsanalyse und Entwicklungszielen,
- g) eine aus dem Fördergebietskonzept konkret abgeleitete Maßnahme- und Umsetzungsplanung, die mit den festgestellten städtebaulichen Missständen und Funktionsverlusten und den im Fördergebietskonzept formulierten Entwicklungszielen korrespondieren müssen,
- h) Aussagen zur Verstetigung langfristig wirksamen Maßnahmen (unter anderem Quartiersmanagement und Verfügungsfonds) über den Förderzeitraum hinaus,
- i) mindestens eine Maßnahme des Klimaschutzes beziehungsweise zur Anpassung an den Klimawandel pro Programmjahr (in Abhängigkeit des beantragten Durchführungszeitraums bis zu 15 Einzelmaßnahmen), insbesondere zur Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur (unter anderem Bodenentsiegelung, Flächenrecycling, Renaturierung von Gewässern, Schaffung/ Erhalt oder Erweiterung von Grünflächen und Freiräumen, Vernetzung von Grün- und Freiflächen, Begrünung von Bauwerksflächen, Erhöhung der Biodiversität) oder zur Schaffung einer klimafreundlichen Mobilität oder zur Realisierung von energetischen Quartierslösungen,

- j) eine Darstellung von Maßnahmen zur Eigenevaluierung der Zielerreichung der geplanten städtebaulichen Gesamtmaßnahme,
- k) bei interkommunalen Kooperationen ein unter Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen überörtlich erarbeitetes und abgestimmtes integriertes Entwicklungskonzept zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, in das die Gesamtmaßnahme schlüssig eingebunden ist. Es muss Aussagen zur demografischen Entwicklung, zur kooperativen Verantwortungswahrnehmung und gemeinsamen Entwicklungszielen und den erforderlichen Maßnahmen zur langfristigen Sicherung der Daseinsvorsorge in den beteiligten Kooperationsgemeinden hinsichtlich Bedarf, Organisation, Kosten enthalten. Synergien der Zusammenarbeit sind konkret zu benennen. Eine Stellungnahme des zuständigen Regionalen Planungsverbands zu den geplanten Vorhaben ist mit dem Neuaufnahmeantrag einzureichen. Grundlage der beantragten Förderung von interkommunalen Kooperationen soll ein durch die Richtlinie zur Förderung der Regionalentwicklung initiiierter Kooperationsprozess sein; die jeweilige LEADER-Aktionsgruppe ist unter Beachtung des Datenschutzes über die beabsichtigte Städtebauförderung zu informieren.

(10) Dem Antrag sind Übersichtspläne beizufügen, die über folgende Punkte Aufschluss geben:

- a) die flurstückscharfe Abgrenzung und Lage mit lesbaren Straßennamen des vorgesehenen Fördergebietes innerhalb der Gemeinde,
- b) die aussagekräftige Darstellung der vorgesehenen Einzelmaßnahmen innerhalb des Fördergebietes, sowie
- c) bei mehreren Gesamtmaßnahmen in einer Stadt oder Gemeinde eine Übersichtskarte über alle Gebiete.

Zu den neu in die Städtebauförderung aufgenommenen Gesamtmaßnahmen sind mit Erhalt des Zuwendungsbescheids dem SMR digitale Karten zu den Fördergebietsumrissen als Shapefile zur Verfügung zu stellen.

(11) Die Entscheidung über die Neuaufnahme von Gesamtmaßnahmen erfolgt im Wettbewerbsverfahren. Sie erfolgt nach folgenden fachlich-inhaltlichen Kriterien:

- a) Schlüssigkeit und Vollständigkeit des Fördergebietskonzepts,
- b) Begründung der Herleitung des Maßnahme- und Umsetzungsplans aus den Fördergebietszielen,
- c) Ausgewogenheit des Maßnahme- und Umsetzungsplans in Bezug auf das Förderkonzept, die geplante Laufzeit sowie die finanzielle Leistungsfähigkeit,
- d) In besonderem Maße Art und Umfang der Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung (diese Maßnahmen sind als Klimamaßnahmen zu kennzeichnen),
- e) Laufzeit der geplanten Gesamtmaßnahmen nicht mehr als 15 Jahre,
- f) Übereinstimmung des Kosten- und Finanzierungsplans mit dem Maßnahme- und Umsetzungsplan,
- g) Positive Erklärung zur Finanzierbarkeit des gemeindlichen Eigenanteils, sowie
- h) Gesonderte Kennzeichnung von EFRE-Kofinanzierungsmaßnahmen.

(12) Zwingende formelle Anforderungen für Neuanträge sind:

- a) fristgerechter Antragseingang bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB),
- b) Vollständigkeit der Antragsunterlagen (Hinweise/Formblätter der SAB),
- c) Einhaltung der Zuwendungsvoraussetzungen und -bestimmungen der FRL Städtebauliche Erneuerung

(SächsABl. 2022 S. 361) sowie der Voraussetzungen dieser Programmbekanntmachung,

- d) Gebietsteile, die bereits Gegenstand einer Gesamtmaßnahme waren, können nur dann in eine neue Gebietskulisse einbezogen werden, wenn die alte Gesamtmaßnahme vorher abgerechnet worden ist. Im Antrag sind solche Fälle zu erläutern,
- e) grundsätzlich ein erhebliches Maß an Planungsreife sowie
- f) Vorbereitung von Monitoring und Evaluierung durch Benennung von möglichen Kriterien zur Wirkungskontrolle in Bezug auf die im Fördergebietskonzept formulierten Entwicklungsziele.

5.2 Fortsetzungsanträge

(1) Die Entscheidung über Fortsetzungsanträge im Rahmen der Programmaufstellung erfolgt qualitätsbezogen insbesondere unter Beurteilung der formellen und fachlich-inhaltlichen Anforderungen. Die beantragten Finanzhilfen sollen in einem angemessenen Verhältnis zum noch verbleibenden Durchführungszeitraum, der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune und der Realisierbarkeit der Maßnahmen im beantragten Zeitraum stehen.

(2) Die fachlich-inhaltlichen Kriterien sind:

- a) ein erhebliches Maß an Planungsreife, sowie
- b) Sachgerechtigkeit der Vorbereitung von Monitoring und Evaluierung durch Benennung von möglichen Kriterien zur Wirkungskontrolle in Bezug auf die im Fördergebietskonzept formulierten Entwicklungsziele.

(3) Die formellen Anforderungen sind zwingend:

- c) fristgerechter Antragseingang bei der SAB,
- d) Vollständigkeit der Antragsunterlagen (Hinweise/Formblätter der SAB) sowie
- e) Einhaltung der Zuwendungsvoraussetzungen und -bestimmungen der FRL Städtebauliche Erneuerung (SächsABl. 2022 S. 361) sowie der Voraussetzungen dieser Programmbekanntmachung.

(4) Prüfkriterien für Fortsetzungsanträge sind insbesondere:

- a) Vollständigkeit der Antragsunterlagen (Hinweise/Formblätter der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – [SAB]),
- b) Übereinstimmung mit dem Fördergebietskonzept unter Berücksichtigung des Grundsatzbeschlusses der Gemeinde (vergleiche Abschnitt B Ziffer III Nummer 3 der VwV Kommunale Haushaltswirtschaft)
- c) Maßnahmen- und Umsetzungsplan (unter Beibehaltung der in 2023 vorgenommenen Nummerierung und gesonderter Kennzeichnung von Klimamaßnahmen und EFRE-Kofinanzierungsmaßnahmen) sowie Kosten- und Finanzierungsübersicht,
- d) Übereinstimmung der Höhe der beantragten Zuwendung mit dem Maßnahme- und Umsetzungsplan,
- e) Fortschritt der Gesamtmaßnahme im geplanten Zeitraum,
- f) Aussagen zur langfristigen Verstetigung von Quartiersmanagement und Verfügungsfonds über den Förderzeitraum hinaus,
- g) Erklärung zur Finanzierbarkeit des Eigenanteils der Gemeinde sowie
- h) Qualität des Sachstandsberichts und des Monitoring- und Evaluierungsstandes.

(5) Für die Berücksichtigung von Fortsetzungsanträgen stehen in allen drei Programmen nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Deshalb gilt Folgendes:

- a) Gesamtmaßnahmen mit noch vorhandenem Finanzrahmen können innerhalb des noch bestehenden Volumens neue Einzelmaßnahmen in das Maßnahmenkonzept aufnehmen, sofern diese den Fördergebietszielen entsprechen. Im Gegenzug sind andere Einzelmaßnahmen dafür zu streichen.
- b) Bei ausgeschöpftem Finanzrahmen können nur letzte, konkret bezeichnete Vorhaben aus dem Maßnahmen- und Umsetzungsplan, die für die Erreichung der städtebaulichen Zielstellungen unerlässlich sind, berücksichtigt werden. Im Programmjahr 2024 neu beziehungsweise nach vorheriger Streichung erneut aufgenommene Einzelmaßnahmen können keine Berücksichtigung finden.
- c) Gesamtmaßnahmen, die nur noch über einen Durchführungszeitraum von zwei Jahren verfügen, haben dem Antrag ein detailliertes Ausstiegsszenario beizufügen. Diese Gesamtmaßnahmen sind im dafür festgelegten Durchführungszeitraum zu beenden. Einer Verlängerung des Durchführungszeitraumes wird nur in Ausnahmefällen zur Fertigstellung begonnener Einzelmaßnahmen stattgegeben.

(6) Im Rahmen der Programmaufstellung wird die Bewertung der Fortsetzungsanträge in drei Kategorien und grundsätzlich nach den folgenden Maßgaben vorgenommen:

- a) In Kategorie I werden Fortsetzungsanträge für die Abfinanzierung von Einzelmaßnahmen innerhalb des mitgeteilten Finanzrahmens beziehungsweise der bei Programmaufnahme für die Gesamtmaßnahmen kalkulierten Gesamtausgaben priorisiert. Diese Anträge werden vorrangig berücksichtigt.
- b) In Kategorie II werden Fortsetzungsanträge eingeordnet, deren Gesamtmaßnahmen über keinen Finanzrahmen mehr verfügen sowie solche, die im Wesentlichen wegen unvorhersehbarer Erhöhungen der Kosten bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen gestellt werden. Erhöhungen sind in der Regel unvorhersehbar, wenn sie aus Preissteigerungen herrühren oder sich aus im Vorfeld nicht absehbaren, zusätzlich notwendigen Arbeiten ergeben. Diese Anträge werden nach denen der Kategorie I berücksichtigt.
- c) In Kategorie III werden Fortsetzungsanträge eingeordnet, die wegen einer Erhöhung von Kosten gestellt werden, die auf einer wesentlichen Änderung der bei Programmaufnahme zu Grunde gelegten Schwerpunktsetzung in Bezug auf die ursprünglich vorgesehenen Einzelmaßnahmen beruht. Diese können nicht berücksichtigt werden.

5.3 Fortsetzungsberichte

(1) Städte und Gemeinden, deren laufende Gesamtmaßnahmen bereits in die Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung aufgenommen sind und keine Fortsetzungsanträge stellen, berichten über den Durchführungsstand ihrer städtebaulichen Gesamtmaßnahme.

(2) Die Fortsetzungsberichte müssen die für eine sachgerechte Prüfung notwendigen Angaben und Dokumentationen und insbesondere folgende Angaben mit Erläuterungen enthalten:

- a) Abarbeitungsstand der Fördergebietsziele,
- b) Überprüfung des Zeithorizonts für die Schließung des Gebiets,
- c) Darstellung laufender, begonnener und abgeschlossener Einzelmaßnahmen,

- d) Benennung von Hindernissen für den weiteren Verlauf der Gesamtmaßnahme und
- e) gegebenenfalls Darstellung des Stands zur Erhebung von Ausgleichsbeträgen.

III. Verfahren

(1) Die Formulare für die Anträge auf Neuaufnahme und Anträge für Fortsetzungsmaßnahmen in den Bund-Länder-Programmen der Städtebauförderung sowie die Einreichung von Fortsetzungsberichten und deren Bestandteile sind bei der SAB (www.sab.sachsen.de) abzurufen. Die SAB gibt gleichzeitig Empfehlungen zu fachlichen und formalen Anforderungen an einen Antrag und zum sachlichen und finanziellen Umfang der Vorbereitung sowie zur Abstimmung des weiteren Verfahrens.

(2) Anträge auf Neuaufnahme, Fortsetzungsanträge für bereits in Förderprogramme aufgenommene Gesamtmaßnahmen und Fortsetzungsberichte, sind bis zum

31. Januar 2024

bei der SAB einzureichen. Die Einreichung von Fortsetzungsberichten ist nicht erforderlich, wenn die Gemeinde schriftlich den Abschluss der Gesamtmaßnahme gegenüber der SAB erklärt hat. In diesem Fall ist ein Sachbericht als Abschlussbericht zur Abrechnung der Gesamtmaßnahme bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) abzugeben.

(3) Die Anträge sind fristgerecht und vollständig nach Maßgabe der vorstehenden Regelungen einzureichen (formelle Ausschlussfrist).

IV. Begleitinformationen zu den Teilprogrammen der Städtebauförderung und Evaluierung

1. Begleitinformation

Die Formulare der Begleitinformationen sind innerhalb von vier Wochen nach der Bereitstellung durch den Bund elektronisch (<https://stbauf.bund.de/stbaufbi>) auszufüllen. Die Gemeinden werden über den Zeitpunkt der Bereitstellung durch das SMR über die Internetseite der SAB informiert. Den Gemeinden vergebene Zugangsdaten gelten weiter. Anträge auf neue Zugangsdaten oder Fragen zu den Begleitinformationen können an das SMR (staedtebaufoerderung@smr.sachsen.de) adressiert werden.

2. Evaluierung

(1) Die Städtebauförderung und ihre Programme werden nach Artikel 104b des Grundgesetzes regelmäßig durch den Bund im Zusammenwirken mit den Ländern evaluiert. Wesentliche Grundlagen der Evaluierung sind neben den Begleitinformationen zum Antrag, die Daten des elektronischen Monitorings des Bundes. Die Monitoringdaten des jeweils laufenden Programmjahres sind zeitversetzt immer zum 30. September des darauffolgenden Jahres vom Land an den Bund zu übermitteln. Zuvor sind diese von den Gemeinden in die elektronisch vom Bund bereitgestellten Formblätter (<http://stbauf.bund.de/stbaufbi>) einzutragen.

(2) Im Kalenderjahr 2024 sind für laufende Gesamtmaßnahmen die Daten des Kalenderjahres 2022 zu erfassen. Für 2023 in das Landes- und Bundesprogramm neu aufgenommene Gesamtmaßnahmen sind die Daten erstmals 2024 von den Gemeinden für das Kalenderjahr 2023 zu erfassen. Das Datum der notwendigen Freischaltung der erfassten Daten durch die Gemeinden wird vom Staatsministerium für Regionalentwicklung den Programmgemeinden im jeweiligen Kalenderjahr bekannt gegeben.

Dresden, den 8. Juni 2023

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
Annette Rothenberger-Temme

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Genehmigungsverfahren zur wesentlichen Änderung
des Stahl- und Walzwerkes
der ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH am Standort Riesa
– Auslegung des Antrags und der Unterlagen –

Gz.: 44-8431/2230

Vom 7. Juni 2023

Die ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH, Gröbaer Straße 3 in 01591 Riesa, beantragte mit Datum vom 14. Oktober 2022, zuletzt aktualisiert am 8. Juni 2023, die Genehmigung nach § 16 Absatz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 und den Nummern 3.2.2.1, 3.6.1.1, 8.12.3.1, 8.11.2.3, 8.15.3 und 3.22.1 des Anhangs 1 in Verbindung mit der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1799) geändert worden ist, die wesentliche Änderung des Stahl- und Walzwerkes durch die Errichtung eines neuen, zweiten Warmwalzwerkes einschließlich Nebenanlagen (insbesondere des Pumpwerks III) ohne Steigerung der bereits genehmigten Jahreskapazität und des Weiteren die Optimierung der Verkehrslogistik auf dem Betriebsgelände am Standort Gröbaer Straße 3 in 01591 Riesa (Flurstück-Nummer 188/28, 188/29, 234/5, 544/10, 544/36, 161/86, 161/73, 161/102 der Gemarkung Gröba).

Es wird weiterhin der vorzeitige Beginn gemäß § 8a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für

- Teilprojekt A: Knüppelübergabe und Transport (einschließlich Transportrollgang)
 - Errichtung Fundamente des Knüppeltransportrollganges
 - Teilprojekt B-C: Walzwerk B (einschließlich Hallenanbau an Drahthalle und Durchführung Drahthalle)
 - Errichtung Fundamente und Hallenanbau mit Zundergrube
 - Spoolerhalle mit Adjustage und Versand
 - Teilabbruch einer Stahlhalle (ehemals Arbonia)
 - Errichtung Fundamente und neue Spoolerhalle
- beantragt.

Der vorzeitige Beginn gemäß § 8a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wurde mit Bescheid vom 6. März 2023, Gz: 44-8431/2402/4, zugelassen.

Da die beantragten Maßnahmen sofort nach behördlicher Entscheidung umgesetzt werden sollen, wurde gemäß § 80a Absatz 1 Nummer 1, § 80 Absatz 2 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung, sowohl hinsichtlich der beantragten Änderungsgenehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, als auch hinsichtlich der beantragten

Entscheidung nach § 8a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, die sofortige Vollziehung beantragt.

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der geänderten Anlage soll im Dezember 2024 erfolgen.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 und wird hiermit gemäß § 10 Absätze 3, 4 und 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit §§ 8 bis 10a und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, öffentlich bekannt gemacht.

Das Vorhaben ist nach Ziffer 3.3.1 und Ziffer 3.6 des Anhangs 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021, das zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6) geändert worden ist, einzustufen. Gemäß § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung ist zu prüfen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

30. Juni 2023 bis einschließlich 31. Juli 2023

für jedermann zur Einsichtnahme auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung>

sowie in der

Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden,
Abteilung Umweltschutz,
Referat Immissionsschutz,
Zimmer 4090, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden,
Tel.: 0351-8250

montags bis donnerstags von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr und
freitags von 7:30 Uhr bis 13:00 Uhr

und in der
Stadtverwaltung Riesa, Stadtarchiv, Goethestraße 66 in
01589 Riesa, Tel. 03525 634000

Montag 9:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Dienstag 9:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Mittwoch geschlossen
Donnerstag 9:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Freitag 9:00–12:00 Uhr

aus.

Auf Grund des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, wird empfohlen, die Einsichtnahme in die Unterlagen – wenn möglich – auf elektronischem Weg wahrzunehmen. Für die Einsichtnahme in die ausgelegten Unterlagen in den Behördenräumen wird empfohlen, einen Termin unter den oben genannten Telefonnummern zu vereinbaren.

In begründeten Fällen können die ausgelegten Unterlagen durch postalische Versendung von der Landesdirektion Sachsen zur Verfügung gestellt werden.

Die veröffentlichten und ausgelegten Unterlagen enthalten insbesondere die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Unterlagen zur Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 9 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung sind während der Auslegungszeit vom 30. Juni 2023 bis einschließlich 31. Juli 2023 über das länderübergreifende zentrale UVP-Internetportal unter <https://www.uvp-verbund.de> jederzeit und für jedermann einsehbar.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können

bis einschließlich 1. September 2023

schriftlich bei der Landesdirektion Sachsen und Stadtverwaltung Riesa unter den vorgenannten Adressen oder elektronisch unter post@lds.sachsen.de und info@stadt-riesa.de vorgebracht werden. Es gilt jeweils das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Die Einwendungen sind der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, bekannt zu geben. Auf Verlangen der Einwender sollen deren Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen als Genehmigungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins in Form einer Online-Konsultation nach § 5 des Planungssicherstellungsgesetzes.

Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der öffentliche Erörterungstermin gemäß § 5 Absätze 1, 3 und 4 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, als Online-Konsultation durchgeführt. Die Online-Konsultation dient dazu, die rechtzeitig gegen das Vorhaben erhobenen Einwendungen zu behandeln. Die Einwendungsbehandlung erfolgt, wenn und soweit die Einwendungen für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein können. Teilnahmeberechtigte sind alle, die rechtzeitig Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben haben.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Im Falle einer Absage oder der Durchführung des Erörterungstermins in Form einer Online-Konsultation nach § 5 Absatz 2 des Planungssicherstellungsgesetzes erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Diese Bekanntmachung ist vom 22. Juni 2023 bis einschließlich 1. September 2023 auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen: <https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> einsehbar.

Dresden, den 7. Juni 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie Vom 25. Mai 2023

Das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie als zuständige Stelle für die land- und hauswirtschaftliche Berufsbildung im Freistaat Sachsen gemäß § 71 des Berufsbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Mai 2020 (BGBl. I S. 920), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1174) geändert worden ist, gibt bekannt, dass der Berufsbildungsausschuss beim Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie am 5. April 2023 folgende Beschlüsse gefasst hat:

Beschluss 01/2023:

Der Berufsbildungsausschuss beschließt, folgende ÜbA-Lehrgänge für den Beruf Forstwirt/in aus dem ÜbA-Organisationsplan zu streichen:

- Grundkurs Harvestersimulation im 1. Ausbildungsjahr
- Grundkurs Forwarder im 2. Ausbildungsjahr
- Grundkurs Harvester im 3. Ausbildungsjahr
- Vertiefungskurs Hochmechanisierte Holzernte im 3. Ausbildungsjahr

Dafür werden folgende ÜbA-Lehrgänge in den ÜbA-Organisationsplan aufgenommen:

- Grundkurs maschinelle Holzernte im 2. Ausbildungsjahr
- Vertiefungskurs maschinelle Holzernte im 3. Ausbildungsjahr

Der Vertiefungskurs maschinelle Holzernte kann nur nach der Teilnahme am Grundkurs maschinelle Holzernte absolviert werden.

Der Grundkurs Rückung mit Spezialschlepper im 2. Ausbildungsjahr wird umbenannt in Kurs Seilschlepper.

Alle ÜbA-Lehrgänge im Beruf Forstwirt/in werden künftig am Forstlichen Bildungszentrum (FBZ) Bad Reiboldsgrün durchgeführt.

Die Änderungen werden ab dem Ausbildungsjahr 2023/24 umgesetzt.

Beschluss 02/2023:

Der Berufsbildungsausschuss beschließt den Organisationsplan für die Überbetriebliche Ausbildung (ÜbA) in Sachsen ab dem Ausbildungsjahr 2023/24 (Anlage).

Die zuständige Stelle wird beauftragt, den geänderten Organisationsplan zu veröffentlichen.

Dresden, den 25. Mai 2023

Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
Dr. Falk Hohmann
Ständiger Vertreter des Präsidenten

Organisationsplan für die überbetriebliche Ausbildung ab dem Ausbildungsjahr 2023/24

Beruf	1. Ausbildungsjahr			2. Ausbildungsjahr			3. Ausbildungsjahr		
	Lehrgang	ÜbS	Wo	Lehrgang	ÜbS	Wo	Lehrgang	ÜbS	Wo
Gärtner/in	- Reparaturen im Gartenbau	Pilnitz LfULG	1	- Der Themengarten	Pilnitz LfULG	1	- Aufbaukurs fachrichtungsspezifisches Beraten und Verkaufen*	Pilnitz LfULG	1
- Baumschule	- Pflanzenverwendung für den/die Gärtner/in	Pilnitz LfULG	1	- Spezielle Baumschultechnik	Pilnitz LfULG	1	- Integrierter Pflanzenschutz	Pilnitz LfULG	1
- Friedhofsgärtnerei	- Technik im Gartenbau	Pilnitz LfULG	1	- Spezielle Friedhofstechnik	Pilnitz LfULG	1	- Grundlagen der Staudenpflanzung	Pilnitz LfULG	1
- Gemüsebau	- Gärtnereiische Grundlagen	Pilnitz LfULG	1	- Spezielle Gemüsebautechnik	Pilnitz LfULG	1	- für den/die Gärtner/in		
- Obstbau				- Spezielle Obstbautechnik	Pilnitz LfULG	1			
- Staudengärtnerei				- Spezielle Technik Staudengärtnerei	Pilnitz LfULG	1			
- Zierpflanzenbau				- Spezielle Zierpflanzenbautechnik	Pilnitz LfULG	1			
				- Grundkurs fachrichtungsspezifisches Beraten und Verkaufen	Pilnitz LfULG	1			
				- Maschinen und Geräte II					
- Garten- und Landschaftsbau **	- Verwendung von Pflanzen	Pilnitz LfULG	1	- Bau und Bepflanzung einer Wasseranlage	BBW Galabau	1	- Naturstein- und Pflanzenverwendung	Pilnitz LfULG	1
	- Maschinen und Geräte I	Pilnitz LfULG	1	- Vermessung und Bauteilenabwicklung	BBW Galabau	1	- Bau- und Vegetationstechnik - Die Baustelle im Galabau	BBW Galabau	1
	- Be- und Entwässerungsarbeiten	Pilnitz LfULG	1	- Dach- und Fassadenbegrünung	Pilnitz LfULG	1	- Pflanze II - Staudenverwendung nach Lebensbereichen	Pilnitz LfULG	1
	- Erstellen von Belegflächen	BBW Galabau	1	- Integrierter Pflanzenschutz	Pilnitz LfULG	1			
				- Pflanze I - Anlage eines Themengartens	Pilnitz LfULG	1			
Winzer/in	- Reparaturen im Weinbaubetrieb	Pilnitz LfULG	1	- Traktoren	BYOL Rosenheim	1	- Grundkurs Beraten und Verkaufen für den/die Winzer/in	Pilnitz LfULG	1
				- Geräte der Außenwirtschaft	Pilnitz LfULG	1			
				- Technik in der Kellerwirtschaft	Veitshöchheim	1	- Integrierter Pflanzenschutz	Pilnitz LfULG	1
Fachpraktiker/in									
Gartenbau									
- außer Galabau	- Einfache Reparaturen	Pilnitz LfULG	1	- Gartenbautechnik	Pilnitz LfULG	1	- Spezielle Zierpflanzenbautechnik	Pilnitz LfULG	1
- Galabau	- Verwendung von Pflanzen	Pilnitz LfULG	1	- Gartenbautechnik	Pilnitz LfULG	1	- Mauerbau und Natursteinbearbeitung	BBW Galabau	1
Forstwirt/in	<u>Basiskurs</u> - Einführungskurs - Holzerte (Schwachholzernte) - Pflanzverfahren	alle FBZ Bad Reiboldsgrün	1 1 1	<u>Basiskurs</u> - Bestandserziehung - Forsttechnik und Forstmaschinen - Naturschutz und Landschaftspflege	alle FBZ Bad Reiboldsgrün	1 1 1	<u>Basiskurs</u> - Sachkunde Waldschutz - Sortierung/Vermessung/Schadholzaufarbeitung - Sonderkurs Starkholzernte - Sonderkurs Problembaumfällung	alle FBZ Bad Reiboldsgrün	1 1 1 1
	<u>Ergänzungskurs</u> - Baumpflege und Verkehrssicherung SKT-A	FBZ Bad Reiboldsgrün	1	<u>Maschinenbedienkurse</u> - Kurs Seilschlepper - Grundkurs maschinelle Holzernte	alle FBZ Bad Reiboldsgrün	1 1	<u>Maschinenbedienkurs</u> - Veriefungskurs maschinelle Holzernte***	FBZ Bad Reiboldsgrün	1
							<u>Ergänzungskurs</u> - Baumpflege und Verkehrssicherung SKT-B	FBZ Bad Reiboldsgrün	1

ÜbA-Kurse sind in den aufgeführten überbetrieblichen Einrichtungen (ÜbS) zu absolvieren.

* Bei Entscheidung für diesen Lehrgang ist die Teilnahme am Grundkurs zwingend notwendig.

** Über das Ausbildungsförderwerk des Galabau ist die Förderung von 12 Lehrgängen für umlagepflichtige Betriebe möglich.

Der Berufsbildungsausschuss beim LfULG empfiehlt ausdrücklich, dass Auszubildende in einem Auszubildendenverhältnis mit einem Bildungsträger

im Beruf Gärtner/in (Fachrichtung Galabau) die Lehrgänge "Maschinen und Geräte I und II" sowie "Bau- und Vegetationstechnik - Die Baustelle im Galabau",

im Beruf Gärtner/in (außer Fachrichtung Galabau) die Lehrgänge "Fachrichtungsspezifische Gartenbautechnik" und "Integrierter Pflanzenschutz" absolvieren.

Im Beruf Fachpraktiker/in Gartenbau ist der Lehrgang "Gartenbautechnik" von allen Auszubildenden zu absolvieren.

*** begrenzte Teilnehmerzahl, Teilnahme nur nach Absolvierung des Grundkurses maschinelle Holzernte

Der Berufsbildungsausschuss beim LfULG empfiehlt ausdrücklich, den Lehrgang "Sachkunde Waldschutz" für den Beruf Forstwirt/in in den Auszubildendenvertrag aufzunehmen.

Beruf	1. Ausbildungsjahr				2. Ausbildungsjahr				3. Ausbildungsjahr			
	Lehrgang	ÜbS	Wo	Lehrgang	ÜbS	Wo	Lehrgang	ÜbS	Wo	Lehrgang	ÜbS	Wo
Landwirt/in	- Traktoren	BVOL Rosenhain	1	- Grundkurs Schweissen	Köllitsch LfULG	1	- Tierhaltung Rind II	Köllitsch LfULG	1	- Tierhaltung Rind II	Köllitsch LfULG	1
	- Reparaturen im landwirt. Unternehmen	Köllitsch LfULG	1	- Landtechnik Druschfrüchte	Köllitsch LfULG	1	- Tierhaltung Schwein II	Köllitsch LfULG	1	- Tierhaltung Schwein II	Köllitsch LfULG	1
	- Tierhaltung Rind I	Köllitsch LfULG	1	- Landtechnik Hackfruchtbau	Köllitsch LfULG	1	- Landtechnik Düngung und	Köllitsch LfULG	1	- Landtechnik Düngung und	Köllitsch LfULG	1
	- Tierhaltung Schwein I	Köllitsch LfULG	1	- Landtechnik Futterbau	Köllitsch LfULG	1	- Pflanzenschutz	Köllitsch LfULG	1	- Pflanzenschutz	Köllitsch LfULG	1
	- Milchgewinnung/Melktraining	Köllitsch LfULG	1	- Kundenorientierte Kommunikation und								
	- Schafhaltung I	Iden	1	- Datenmanagement	Köllitsch LfULG	1						
Fachkraft	- Traktoren	BVOL Rosenhain	1	- Grundkurs Schweissen	Köllitsch LfULG	1	- Maschinen und Geräte Pflanzenschutz	Köllitsch LfULG	1	- Maschinen und Geräte Pflanzenschutz	Köllitsch LfULG	1
Agrarservice	- Einfache Instandhaltung	Köllitsch LfULG	1	- Landtechnik Druschfrüchte	Köllitsch LfULG	1						
	- Bodenbearbeitung	Köllitsch LfULG	1	- Landtechnik Hackfruchtbau	Köllitsch LfULG	1						
	- Maschinen und Geräte Düngung	Köllitsch LfULG	1	- Landtechnik Futterbau	Köllitsch LfULG	1						
				- Kundenorientierte Kommunikation und								
				- Datenmanagement	Köllitsch LfULG	1						
Tierwirt/in	- Traktoren	BVOL Rosenhain	1	- Grundkurs Schweissen	Köllitsch LfULG	1	- Tierhaltung Rind II	Köllitsch LfULG	1	- Tierhaltung Rind II	Köllitsch LfULG	1
	- Reparaturen im landwirt. Unternehmen	Köllitsch LfULG	1	- Landtechnik Futterbau	Köllitsch LfULG	1	- Tierhaltung Schwein II	Köllitsch LfULG	1	- Tierhaltung Schwein II	Köllitsch LfULG	1
	- Tierhaltung Rind I	Köllitsch LfULG	1	- Technik der Rinderhaltung	Köllitsch LfULG	1	- Schafhaltung III	Iden	1	- Schafhaltung III	Iden	1
	- Tierhaltung Schwein I	Köllitsch LfULG	1	- Schafhaltung II	Iden	1						
	- Milchgewinnung/Melktraining	Köllitsch LfULG	1									
	- Schafhaltung I	Iden	1									
Pferdewirt/in												
Pferdehaltung/-service				- Pferdehaltung, -zucht u.-service (GL)	Moritzburg	2	- Pferdehaltung und -service (VL)	Moritzburg	2	- Pferdehaltung und -service (VL)	Moritzburg	2
Pferdezucht				- Pferdehaltung, -zucht u.-service (GL)	Moritzburg	2	- Pferdehaltung (VL)	Moritzburg	2	- Pferdehaltung (VL)	Graditz	2
klass. Reitausbild.				- Reiten (Grundlehrgang)	Warendorf	1	- Reiten (Vertiefungslehrgang)	Warendorf	2	- Reiten (Vertiefungslehrgang)	Warendorf	2
Pferdetraining				- Rennreiten	Langenfeld	3						
Spezialreitweisen												
Fischwirt/in	- Reparaturen im landwirt. Unternehmen	Köllitsch LfULG	1	- Netzarbeiten I	Königswartha	1	- Netzarbeiten II	Königswartha	1	- Netzarbeiten II	Königswartha	1
	- Grundkurs Schweissen	Köllitsch LfULG	1		LfULG							
	- Bearbeitung, Verarbeitung und	Königswartha	1									
	Vermarkung der Betriebserzeugnisse	LfULG										
Fachpraktiker/in				- Reparaturen im landwirt. Unternehmen	Köllitsch LfULG	1	- Grundlagen Landtechnik	Köllitsch LfULG	1	- Grundlagen Landtechnik	BVOL Rosenhain	1
Landwirtschaft				- Tierhaltung Rind	Köllitsch LfULG	1						
Hauswirtschaft	- Zimmerpflanzenpflege u. Gestalten mit Pflanzen und Blumen	Pillnitz LfULG	1	- Fischverarbeitung/Fischzubereitung	Königswartha	1	- Der Umgang mit dem kranken Menschen	Königswartha	1	- Der Umgang mit dem kranken Menschen	SUFW Dresden	1
Milchwirtschaftliche/r	- Fachlehrgang	Oranienburg	4	- Betreuung von Menschen mit Demenz	SUFW Dresden	1	- Fachlehrgang	SUFW Dresden	4	- Fachlehrgang	Oranienburg	4
Milchtechnologe/												
Milchtechnologin	- Fachlehrgang	Oranienburg	4	- Fachlehrgang	Oranienburg	4	- Fachlehrgang	Oranienburg	4	- Fachlehrgang	Oranienburg	4
ÜbA-Kurse sind in den aufgeführten überbetrieblichen Einrichtungen (ÜbS) zu absolvieren.												
Der Berufsausschuss beim LfULG empfiehlt ausdrücklich,												
im Beruf Landwirt/in den Lehrgang "Landtechnik Düngung und Pflanzenschutz" zu absolvieren, sowie												
im Beruf Fachkraft Agrarservice die Lehrgänge "Maschinen und Geräte Düngung" und "Maschinen und Geräte Pflanzenschutz" zu absolvieren sowie												
im Beruf Hauswirtschaftler/in mindestens drei ÜbA-Kurse in den Lehrvertrag aufzunehmen.												
Im Beruf Fachpraktiker/in Landwirtschaft ist der Lehrgang "Grundlagen Landtechnik" von allen Auszubildenden zu absolvieren.												

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Mittelsachsen
über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung
vom 4. April 2023 des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“**

Vom 11. Mai 2023

Das Landratsamt Mittelsachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 11. Mai 2023 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, wie folgt entschieden:

1. Die Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ (ZV CTRW) vom 4. April 2023, beschlossen durch die Verbandsversammlung am 4. April 2023 (Beschluss-Nr. CTRW 08/23), wird rechtsaufsichtlich genehmigt.

2. Die Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und deren Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

3. Für den Erlass dieses Bescheides werden keine Kosten erhoben.

Die Neufassung der Verbandssatzung vom 4. April 2023 des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ wird nachfolgend bekannt gemacht.

Freiberg, den 11. Mai 2023

Landratsamt Mittelsachsen
Dirk Neubauer
Landrat

Verbandssatzung des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ (ZV CTRW)

Vom 4. April 2023

Aufgrund von § 61 und § 26 Absatz 1 und 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (Sächs-GVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ am 4. April 2023 die folgende Verbandssatzung beschlossen:

§ 1 Mitglieder

Verbandsmitglieder sind:

- Stadt Burgstädt
- Stadt Lunzenau
- Gemeinde Claußnitz
- Gemeinde Königshain-Wiederau
- Gemeinde Lichtenau
- Gemeinde Taura
- Gemeinde Wechselburg

§ 2 Name und Sitz

(1) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband Chemnitztalradweg“ (ZV CTRW).

(2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in der Gemeinde Claußnitz.

§ 3 Ziele und Aufgaben des Zweckverbandes

(1) Allgemeines Ziel und Aufgabe des Zweckverbandes ist es,

1. eine Vereinbarung mit dem Straßenbauamt Chemnitz zur Planung und Herstellung des Chemnitztalradweges von der Stadtgrenze Chemnitz bis zum Bahnübergang Siedlung Chemnitztalstraße („Kolonie“) in Markersdorf abzuschließen (1. Bauabschnitt);
2. den 2. Bauabschnitt des Chemnitztalradweges von Markersdorf (S 241) bis zum Muldental zu planen und zu bauen;
3. die mit Kaufvertrag vom 6. Dezember 2007 erworbenen Grundstücke der Chemnitztalbahn von Bahn-km 1,24 bis Bahn-km 17,35 zu bewirtschaften;
4. den Radweg zu betreiben und zu unterhalten sowie
5. ein touristisches Konzept für den gesamten Radweg, welches den Bahnhof Markersdorf/Taura einschließt, zu erarbeiten, umzusetzen und ständig weiterzuentwickeln.

Hierzu kann der Zweckverband Grundstücke erwerben.

(2) Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Finanzierung von Maßnahmen, die der weiteren Entwicklung des Chemnitztalradweges und seiner Anbindung an die Ortschaften dienen. Er kann eigene Einrichtungen und Anlagen zum Betrieb des Chemnitztalradweges planen, erstellen und betreiben.

2. Betreibung gezielter Tourismuswerbung.
3. Planung und Koordinierung der Gestaltung und des Einsatzes von Werbemitteln.
4. Überregionale Präsentation im Rahmen des überregionalen Radwegenetzes.

§ 4 Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbandes sind:

1. die Verbandsversammlung
2. der Verbandsvorsitzende.

§ 5 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und einem Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes. Die Vertretung in der Verbandsversammlung erfolgt durch den jeweiligen Bürgermeister, sofern nicht auf dessen Vorschlag das Hauptorgan des Verbandsmitgliedes einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.

(2) Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme.

§ 6 Geschäftsgang der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung wird, wenn noch kein Verbandsvorsitzender gewählt ist, durch den an Lebensjahren ältesten Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden, sonst durch den Verbandsvorsitzenden schriftlich einberufen.

(2) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit Stimmenmehrheit gefasst.

(3) Gegen Beschlüsse der Verbandsversammlung, die für eine Mitgliedsgemeinde von besonderer Wichtigkeit oder erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind, kann diese binnen drei Wochen nach der Beschlussfassung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung. Auf den Einspruch hat die Verbandsversammlung erneut zu beschließen. Der Einspruch ist zurückgewiesen, wenn der neue Beschluss mit einer Mehrheit von mindestens 2/3 der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten gefasst wird.

(4) Grundsatzentscheidungen zu Investitionen bedürfen einer 2/3 Mehrheit der anwesenden Stimmen in der Verbandsversammlung.

(5) Einzelheiten ihrer inneren Angelegenheiten, insbesondere den Gang ihrer Verhandlungen, regelt die Verbandsversammlung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch eine Geschäftsordnung.

(6) Im Übrigen finden grundsätzlich die Bestimmungen der Gemeindeordnung des Freistaates Sachsen entsprechende Anwendung.

§ 7**Zuständigkeit der Verbandsversammlung**

Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes. Sie nimmt die Aufgaben des Zweckverbandes wahr, soweit nicht durch Gesetz oder Satzung etwas andere bestimmt ist. Sie ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über:

1. die Errichtung und wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen;
2. die Haushaltssatzung, die Nachtragshaushaltssatzung und die Aufnahme von Krediten;
3. den Jahresabschluss;
4. Erwerb, Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten
5. Erlass von Regelungen mit folgendem Mindestinhalt:
 - a) Zuständigkeit für die Pflege und Unterhaltung des Radweges;
 - b) Festlegung der Abschnitte und Zubringer;
 - c) Abrechnungsgrundsätze für die entstehenden Kosten.
6. den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Satzungen und Rechtsverordnungen sowie einer Geschäftsordnung;
7. die Festlegung von Maßnahmen zur Umsetzung des Chemnitztalradweg-Konzeptes und die Erarbeitung einer Prioritätenliste;
8. die Vergabe von Aufträgen nach VOL und VOB über 30.000 (dreißigtausend) EUR (inklusive Umsatzsteuer);
9. den Abschluss von Rechtsgeschäften, die für den Zweckverband im Einzelfall Verpflichtungen von mehr als 2.000 (zweitausend) EUR (inklusive Umsatzsteuer) pro Vorhaben mit sich bringen;
10. die Erhebung von Umlagen und deren Höhe;
11. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter.

§ 8**Verbandsvorsitzender und Stellvertreter**

(1) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

(2) Sie werden für die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, für die Dauer dieses Amtes gewählt. Sie üben ihr Amt nach Ablauf ihres kommunalen Wahlamtes bis zum Amtsantritt des neu gewählten Verbandsvorsitzenden bzw. des neu gewählten Stellvertreters weiter aus.

(3) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.

§ 9**Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden**

(1) Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung.

(2) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen. Er bereitet die Sitzungen der Verbandsversammlung vor.

(3) Der Verbandsvorsitzende vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm durch Rechtsvorschrift oder von der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben.

(4) Die Erledigung folgender Aufgaben wird dem Verbandsvorsitzenden auf Dauer übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:

1. Bewirtschaftung der Ansätze im Ergebnis- und Finanzhaushalt innerhalb der durch den Haushaltsplan festgesetzten Budgets mit der
 - a) Entscheidung über die Ausführung von Maßnahmen bei Gesamtkosten bis zu 30.000,00 Euro,
 - b) Vergabe von Aufträgen über Leistungen (Lieferungen und Dienstleistungen) bei Auftragswerten bis zu 30.000,00 Euro,
 - c) Vergabe der Bauleistungen bei Auftragswerten bis zu 30.000,00 Euro einschließlich der mit der Baumaßnahme zusammenhängenden und im Auftragswert untergeordneten Leistungen,
2. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Auszahlungen bis zu 10.000,00 Euro im Einzelfall, soweit sie nicht innerhalb des Budgets gedeckt werden können,
3. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bis zu 10.000,00 Euro im Einzelfall, soweit die wirtschaftliche Verursachung noch nicht eingetreten ist und eine Deckung innerhalb des Budgets nicht möglich ist,
4. die Bestätigung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, soweit deren wirtschaftliche Verursachung bereits eingetreten ist, bis zu 10.000,00 Euro im Einzelfall, und eine Deckung innerhalb des Budgets nicht möglich ist,
5. die Anlage von Geldbeständen,
6. die Einstellung, Höhergruppierung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten bis Entgeltgruppe 9 TVöD, von Aushilfen, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen,
7. die Stundung von Forderungen im Einzelfall bis zu zwei Monaten in unbeschränkter Höhe, bis zu sechs Monaten und bis zu einem Höchstbetrag von 2.000,00 Euro,
8. den Verzicht auf Ansprüche des Zweckverbandes und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis des Zweckverbandes im Einzelfall nicht mehr als 2.000,00 Euro beträgt,
9. die Veräußerung und dingliche Belastung, der Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten im Buchwert bis zu 3.000,00 Euro im Einzelfall,
10. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 3.000,00 Euro im Einzelfall,
11. die Veräußerung von sonstigen Teilen des Anlagevermögens im Buchwert bis zu 3.000,00 Euro im Einzelfall,
12. die Annahme oder Vermittlung von Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen bis zu einem Wert von im Einzelfall 50 Euro.

(5) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zu einer ohne Form und Frist einberufenen Sitzung der Verbandsversammlung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle der Verbandsversammlung. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung unverzüglich mitzuteilen.

(6) Durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verbandsvorsitzenden weitere Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen werden. Die Übertragung kann jederzeit widerrufen werden.

§ 10**Geschäftsstelle und Personal**

(1) Die Erledigung der laufenden Geschäfte übernimmt die Gemeindeverwaltung Claußnitz. Die Rechtsverhältnisse sind durch die Beteiligten in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung schriftlich zu regeln.

(2) Der Zweckverband beschäftigt zur Umsetzung des touristischen Konzeptes hauptamtliche Bedienstete.

§ 11**Anzuwendende Vorschriften für die Wirtschaftsführung**

Für die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes gelten die Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft entsprechend.

§ 12**Haushaltssatzung**

(1) Der Verbandsvorsitzende leitet den Entwurf der Haushaltssatzung der Verbandsversammlung zu. Die Verbandsversammlung berät und beschließt in öffentlicher Sitzung über fristgemäß erhobene Einwendungen und die Haushaltssatzung.

(2) Die ortsübliche Bekanntgabe über die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgen entsprechend § 19.

§ 13**Deckung des Finanzbedarfs**

(1) Der durch Zuschüsse und Darlehen nicht gedeckte Finanzbedarf des Zweckverbandes für Grunderwerbsvorgänge, die Errichtung, Erweiterung und Erneuerung der Verbandsanlagen wird auf die Verbandsmitglieder umgelegt (Investitionsumlage).

(2) Der Zweckverband kann, soweit seine sonstigen Erträge zur Deckung seines Finanzbedarfs nicht ausreichen, von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben (Betriebskostenumlage).

(3) Im Übrigen gilt § 60 SächsKomZG.

§ 14**Umlegungsschlüssel**

(1) Die Investitions- und Betriebskostenumlage wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr neu festgesetzt. Die Umlagebeträge sind den einzelnen Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen (Umlagebescheid).

(2) Der Umlageschlüssel beträgt bis zum 31. Dezember 2023:

Stadt Burgstädt	1/6
Stadt Lunzenau	1/6
Gemeinde Claußnitz	1/6
Gemeinde Königshain-Wiederau	1/6
Gemeinde Lichtenau	1/6
Gemeinde Taura	1/6

Ab dem 1. Januar 2024 beträgt der Umlageschlüssel:

Stadt Burgstädt	1/7
Stadt Lunzenau	1/7
Gemeinde Claußnitz	1/7
Gemeinde Königshain-Wiederau	1/7
Gemeinde Lichtenau	1/7
Gemeinde Taura	1/7
Gemeinde Wechselburg	1/7

(3) Der Zweckverband kann für rückständige Beträge Verzugszinsen in Höhe von zwei von Hundert über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB verlangen.

§ 15**Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung, Prüfungswesen**

(1) Die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsgeschäfte des Zweckverbandes werden von der Gemeindeverwaltung Claußnitz besorgt. Die Rechtsverhältnisse sind durch die Beteiligten in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung schriftlich zu regeln.

(2) Der Jahresabschluss ist innerhalb von 6 Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen und vom Verbandsvorsitzenden unter Angabe des Datums zu unterzeichnen.

(3) Die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses ist innerhalb von drei Monaten nach deren Aufstellung von einem beauftragten Wirtschaftsprüfer oder einer beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gemäß § 59 Abs. 1 Nr. 2 SächsKomZG durchzuführen. Nach Durchführung der örtlichen Prüfung und Aufklärung von Beanstandungen stellt die Verbandsversammlung den Jahresabschluss bis spätestens 31. Dezember des dem Haushaltsjahr folgenden Jahres fest.

(4) Im Übrigen gelten die §§103 bis 109 SächsGemO.

§ 16**Änderung der Verbandssatzung**

Änderungen der Verbandssatzung können nur mit einer Mehrheit von 2/3 der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung beschlossen werden.

§ 17**Aufnahme und Ausscheiden von Mitgliedern**

(1) Bei der Aufnahme weiterer Gemeinden ist ein Ausgleich der Vorausbelastung der bisherigen Mitgliedergemeinden herbeizuführen. Neue Mitglieder dürfen nicht besergestellt werden als die bisherigen Mitglieder.

(2) Die Verbandsmitglieder können nur zum 31. Dezember eines jeden Kalenderjahres ausscheiden. Der Austrittsantrag aus dem Verband muss mindestens drei Monate vorherschriftlich erklärt werden.

(3) Das Ausscheiden eines Verbandsmitgliedes aus dem Zweckverband ist auf dessen Antrag zulässig, wenn die Verbandsversammlung dem Antrag mit 2/3 der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung zustimmt.

(4) Das ausscheidende Mitglied haftet für die bis zu seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten des Zweckverbandes nach Maßgabe des Umlageschlüssels nach § 14 Absatz 2 weiter. Die an den Verband gezahlten

Umlagen werden nicht erstattet. Das ausscheidende Mitglied hat keinen Anspruch auf Übertragung anteiligen, vom Zweckverband geschaffenen Vermögens.

§ 18

Auflösung des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband kann aus Gründen des öffentlichen Wohles mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde aufgelöst werden. Der Beschluss über die Auflösung des Zweckverbandes bedarf einer Mehrheit von mindestens 3/4 der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung.

(2) Im Falle der Auflösung werden verbleibende Verbindlichkeiten und noch vorhandenes Verbandsvermögen auf die Verbandsmitglieder aufgeteilt, die dem Verband bei der Beschlussfassung über die Auflösung angehören. Die Aufteilung ist grundsätzlich nach dem Umlageschlüssel gemäß § 14 Abs. 2 dieser Satzung zur Zeit der Beschlussfassung über die Auflösung vorzunehmen. Das Nähere bestimmt die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens 6/7 der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten.

(3) Die Abwicklung des aufgelösten Zweckverbandes ist Aufgabe des Verbandsvorsitzenden, wenn die Verbandsversammlung nicht etwas anderes beschließt.

§ 19

Bekanntmachung

(1) Die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ erfolgen, soweit nicht besondere bundes- oder landesrechtliche Vorschriften anzuwenden sind, gemäß § 2 Satz 1 Punkt 4 KomBekVO durch eine elektronische Ausgabe auf der Webseite des Zweckverbandes.

(2) Die ortsübliche Bekanntgabe erfolgt durch Aushang an den Verkündungstafeln des jeweiligen Verwaltungssitzes des Verbandsmitgliedes für die Dauer von einer Woche.

§ 20

In-Kraft-Treten

(1) Diese Verbandssatzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung und der Genehmigung der Verbandssatzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im „Sächsischen Amtsblatt“ in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung des Zweckverbandes „Chemnitztalradweg“ vom 5. Mai 2022 außer Kraft.

Claußnitz, den 4. April 2023

Zweckverband „Chemnitztalradweg“
R. Haslinger
Verbandsvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

15. Juni 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 9,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 